

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Rücksendung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

11. Jahrgang.

Samstag, 1. August 1931

Nr. 178.

Kongress der GDZ:

Das Referat Otto Bauers.

Als wir im August 1928 auf dem Kongress in Brüssel die Weltlage des Sozialismus zu prägen hatten, haben wir festgestellt, daß der Kapitalismus die schweren Erschütterungen, in die der Krieg ihn gestürzt hat, überwunden und sich wieder stabilisiert hatte, und wir haben damals ein Manifest an die Arbeiter der Welt gerichtet, in dem wir sie aufforderten, sich zusammenzuschließen, zum Kampf gegen den wieder stabilisierten, wieder erstarkten Kapitalismus. Heute sind wir in einer ganz andern Lage. Die kurze Periode der

Stabilisierung des Kapitalismus der Nachkriegszeit ist vorüber.

Die schwere Depression, die seit 1929 auf der Industrie der ganzen Welt lastet und hundende Millionen von Arbeitern und Angestellten arbeitslos gemacht hat, die schwere industrielle Depression, die ihr Gegenstück findet in der schweren Krise der Landwirtschaft, hat ihren dramatischen Höhepunkt erreicht in der letzten Kreditkrise, die in den letzten Wochen die Wirtschaft in ganz Mitteleuropa, Deutschland, Ungarn, Österreich, erfaßt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir am Beginne einer

neuen Phase der Entwicklung

stehen, die wiederum durch schwere wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen gekennzeichnet sein wird. Auf dem Brüsseler Kongress vor drei Jahren hat Banderweide uns ein überaus anschauliches Bild der Teilung Europas in zwei verschiedene Lager, in ein demokratisches und in ein faschistisches, gezeigt. Banderweide sagte das damals anschaulich in die Worte: „Überall wo die Friedekraft ist, da ist Demokratie, überall wo das lebende Pferd ist, dominiert der Faschismus oder Absolutismus.“ Aber dieses so anschauliche Wort, das damals so wahr gewesen ist, es ist heute nicht mehr ganz wahr. Allerdings, jener

faschistische Ring um Mitteleuropa

im Süden und im Osten besteht auch heute noch. Immer noch hält der Faschismus das große italienische Volk in einem Zustand entwürdigender Sklaverei; immer noch ist in Polen die ideologische, die labilste, die schmutzigste Form des Faschismus stabilisiert, und hier in unserer Mitte begreifen wir Liebermann als den Repräsentanten aller Opfer der Fokkerkräfte des kapitalistischen (Reden vom Rot) Sozialismus. Aber das Neue an der Lage ist, daß wenn dieser Ring im Süden und Osten noch weiter besteht, er auf der einen Seite durchbrochen ist durch die spanische Revolution, die den andern vom Faschismus unterworfenen Völkern ein großes Beispiel gegeben hat, andererseits aber der Faschismus in den Jahren seit dem Brüsseler Kongress seinen Vormarsch angetreten hat in die Länder der Pferdekraft, in die Länder der Industrie. Wohl ist es den österreichischen, wohl ist es den finnischen Arbeitern gelungen, einen heftigen Angriff des Faschismus abzuwehren. Aber in dieser Stunde muß unser ganzes Denken von der Tatsache beherrscht sein, daß im Kern von Mitteleuropa, daß

in dem großen Deutschland der Faschismus zu einer ersten Gefahr geworden ist.

Die deutsche Wirtschaft ist von den denkbar schwersten Kreditkrisen befallen. Die Konferenzen in Paris, in London, in Berlin sind ergebnislos geblieben. Die deutsche Regierung spricht jetzt davon, Deutschland werde sich durch Selbsthilfe ohne fremde Hilfe retten. Deutschland kann keine Währung aus eigener Kraft halten, aber nur um den Preis von Notregeln, die bei längerer Dauer andernfalls das ganze deutsche Wirtschaftsleben lähmen müssen, die die Arbeitslosigkeit, den Lohnraub, die Vereindugung der deutschen Arbeiter, den deutschen Kleinbürgertums und der deutschen Bauernschaft unermesslich zu einem Grad steigern müssen, den auch nur annehmen zu grausam wäre. Auf der anderen Seite können wir uns nicht vorstellen, daß so schwere wirtschaftliche Erschütterungen ohne soziale und politische Erschütterungen in ihrem Gefolge einhergehen.

Der deutsche Faschismus lauert sprungbereit auf seine Beute und die wirtschaftliche Krise treibt sie ihm zu. Ein Sieg des deutschen Faschismus, ein Untergang der deutschen Demokratie würde die Demokratie ganz Mitteleuropas, würde die Demokratie ganz Europas zerschlagen und in die erste Gefahr bringen.

Ein Sieg des von der gewalttätigen deutschen Schwerindustrie kommandierten, von den Landknechten der deutschen Reaktion geführten, mit militaristischem Geiste erfüllten deutschen Faschismus würde jede Hoffnung auf die Befriedigung Europas, auf eine friedliche Atmosphäre zwischen den Völkern, auf die Möglichkeit einer internationalen Abrüstung für absehbare Zeit zerstören und in Europa und der Welt einen Zustand schaffen, der mit aller Wahrscheinlichkeit schließlich zum Kriege führen würde. Das ist die Lage, vor der wir stehen!

Bauer bespricht nun die Resolution, die er im Namen der Kommission vorschlägt und erläuterte zunächst den ersten Teil der Resolution, der die Forderungen an die Regierung der kapitalistischen Welt enthält: Wir fordern:

eine großzügige internationale Kreditaktion

für Deutschland, nicht zur Rettung des deutschen Kapitalismus, sondern zur Rettung der mitteleuropäischen Arbeiterklasse, der mitteleuropäischen Demokratie und des europäischen Friedens.

Der Kapitalismus kann nicht nur die Arbeitskraft seiner Lohnsklaven, er kann nicht einmal seine eigenen Reichtümer mehr verwerten. Riesige Kapitalien liegen in Amerika, Frankreich, den neutralen Ländern, Brasilien, der kapitalistische Mechanismus, der in früheren Zeiten beachtliche Kapitalien der Produktion wieder zugeführt hat, funktioniert nicht mehr. Kurzezeitige Aktion der Regierungen kann die beachtlichen Kapitalien mobilisieren. Ihre Mobilisierung wäre ein wirksames Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Ihre Mobilisierung zur Rettung der deutschen Wirtschaft die wirksamste Hilfe für die deutsche Demokratie.

Wir wissen, welches das Hindernis ist, das einer solchen Aktion gegenübersteht. Ich brauche hier gar nicht ausführlich darüber zu sprechen, daß wir es

schroff und unbedingt ablehnen, daß irgendeine Aktion internationaler Solidarität für Deutschland geknüpft werde an politische Bedingungen.

Von Blum hat besser, als ich es konnte, bewiesen, daß jede Ausbeutung der deutschen Not zu politischer Erpressung nur Stärkung des deutschen Nationalismus wäre.

Wenn wir das unbedingt ablehnen, so können wir auf der anderen Seite aber nicht verkennen, daß es schwer zu erwarten ist, daß die Regierungen der westlichen Völker oder auch nur die der neutralen Völker die Hilfe für Deutschland, die es nach anderer Überzeugung braucht, organisieren, wenn sie etwa befürchten müßten, daß das Deutschland zugeführte Geld morgen von irgendeiner Regierung der Engländer und Hitler demoralisiert werden könnte. (Lebhafte Zustimmung.) So sehr wir jede politische Bedingung für eine Hilfsaktion ablehnen, so sehr müssen wir aussprechen, daß die Hilfsaktion auf deutscher Seite dadurch erleichtert werden muß, daß

die deutsche Regierung aus eigenem Antrieb den Nationen, die Deutschland helfen sollen, das Maximum an möglichen Garantien gibt, daß die Hilfsmittel, die Deutschland zugeführt werden müssen, einer Politik der Demokratie und des Friedens dienen werden.

Bauer bespricht dann die Forderungen der Resolution nach Streichung der Kriegsschulden und nach einer Neuregelung der Reparationsfrage und nach der Abrüstung, und fährt dann fort: All das sind keine neuen Forderungen, die wir an die Regierungen stellen. Allein, wir wollen uns auch klarmachen, was auf dem Spiele steht. Wir wollen uns klarmachen, daß es sich wirklich

um das Schicksal der Arbeiterklasse der Welt

handelt, darum, ob sich die Demokratie in ganz Mitteleuropa behaupten soll, daß es sich mit einem Wort um die wahrste Lebensfrage des demokratischen Sozialismus in der Welt handelt. Darum soll hinter den Worten, die wir da beschließen wollten, der entschlossenste Wille stehen, überall dort,

wo wir überhaupt Einfluß auf die Regierungen zu üben vermögen, das Maximum der Anstrengungen zu machen, um durchzusetzen, daß die Hilfe schnell, ausgiebig, ohne entwürdigende Bedingungen

daß sie so erfolgt, daß sie wirklich die Welt vor einer Katastrophe von unabsehbaren Folgen behahrt.

Im zweiten Teile der Resolution wenden wir uns

zu den Massen der Arbeiterklasse

und vor allem der deutschen Arbeiterklasse. Denn der deutschen Arbeiterklasse obliegt die wichtigste Aufgabe im Kampfe gegen den deutschen Faschismus: sie muß ihn in erster Linie schlagen. Wir wollen hier sagen, daß wir

da vollste Vertrauen zur deutschen Arbeiterklasse haben. Es ist dieselbe Arbeiterklasse, die unter der Führung der deutschen Sozialdemokratie einmal das Sozialistengesetz Bismarcks, des eisernen Kanzlers, geschlagen hat. Es ist dieselbe Arbeiterklasse, die erschöpft und aus unzähligen Wunden blutend, nach vierjährigem Kriege das Kaiserreich der Hohenzollern zerbrochen und die Republik begründet hat. Es ist dieselbe Arbeiterklasse, die schon einmal, in den Tagen des Kapp-Putsches, den Angriff der Landknechte der deutschen Reaktion durch einen grandiosen, revolutionären Generalstreik niedergeworfen hat. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind überzeugt, daß sich die deutsche Arbeiterklasse nicht irreführen lassen wird durch die Verblendung und das Abenteuerlust, die heute beim Volksbegehren in Preußen, bei dem Kampfe um die Macht in Preußen im Namen der proletarischen Revolution gemeinsame Sache mit der faschistischen Konterrevolution machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse ihren Kampf gegen den Faschismus führen wird unter den alten heldenhaften Fahnen der Sozialdemokratie. Und darf ich dann noch sagen, daß, wenn der Faschismus mit Gewalt die deutsche Arbeiterklasse niederzuwerfen versuchen sollte, wenn er ihr keine andere Wahl mehr ließe, als die, sich in Knechtschaft und Sklaverei zu beugen, oder mauthaft die Freiheit der deutschen Arbeiterklasse zu verteidigen, daß wir für diesen Fall hoffen, und überzeugt sind, daß

die alten kriegerischen Tugenden der deutschen Arbeiter, die aber- und abermals mißbraucht worden sind von den Herrschenden Deutschlands, zum Fluche der Welt, sich voll erst entfalten werden im heiligen Verteidigungskampfe für die Freiheit der deutschen Arbeiter.

Es ist ganz selbstverständlich, daß

die erste Sorge um die Tattit,

um die Strategie im Kampfe gegen den Faschismus, die alle deutschen Sozialdemokraten erfüllt, heute auch die erste Sorge aller Sozialisten in der Welt ist. Es wäre fast unbegreiflich gewesen, wenn nicht Belorgnisse, Gewissensskrupel, die innerhalb der deutschen Sozialdemokratie lauer geworden sind, ihren Widerhall auch in den Beratungen sozialistischer Parteien anderer Länder gefunden hätten. Unsere Genossen von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I.W.P.) haben einen Antrag vorgelegt, der sich gegen die Haltung richtet, die die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Prümings eingenommen hat, und weit darüber hinaus gleich allgemeine Regeln festlegen wollte, daß überall, in allen Ländern, in allen Situationen die Sozialdemokratie nicht mit bürgerlichen, nicht mit kapitalistischen Parteien zusammen die Regierung bilden oder stützen dürfe. Ganz gewiß, es ist auch meine Überzeugung, daß

jede Kooperation der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien immer und insbesondere in Zeiten, in denen die Arbeiterklasse durch alle die inneren Widersprüche der kapitalistischen Welt in beispielloses Elend, schwerste Arbeitslosigkeit gestürzt wird, voll von ernststen Gefahren ist.

Die Enttäuschungen, die eine solche Kooperation bringen kann, können das Vertrauen der Arbeiter nicht nur zu ihrer Partei, sondern zu den demokratischen Methoden überhaupt erschüttern.

Ich habe also volles Verständnis für die Besorgnisse, aus denen der Antrag unserer englischen Freunde von der I.W.P. ausgegangen ist. Aber trotzdem könnte dieser Kongress nach meiner Meinung schlechter keine größere Leichtfertigkeit begreifen, als wenn er in dieser kritischen Stunde, in der er es sich für die deutsche Arbeiterklasse in kurzer Zeit vielleicht um Freiheit oder Tod handeln kann, die Bewegungsfreiheit der deutschen Sozialdemokratie, die Elastizität und Anpassungsfähigkeit

ihrer Strategie durch unsere Beschlüsse auch nur im geringsten zu beschränken versuchen würde. Wer solche Stunden erlebt hat, wie auch wir in Österreich vor noch zwei Jahren, der weiß, daß es Situationen geben kann, in denen es einfach eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse, die Entscheidung über ihr Schicksal für Jahrzehnte sein kann, ob sie imstande ist, durch eine noch so opfervolle Tattit den staatlichen Gewaltapparat zu neutralisieren, so zu verhindern, daß er in die Hände des Faschismus selber fällt. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist, liebe Freunde von der I.W.P., sehr leicht, aus der isolierten Sicherheit einer von keinem Faschismus bedrohten Demokratie hier zu sagen: Was nützt die Demokratie, wenn sie doch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und sozial alles schuldig bleibt? Ich werde heute dagegen am allermerkwürdigsten polemisieren, da Turati den Vorschlag

Fragen Sie die Italiener!

Wenn im Verlauf eines großen Krieges eine der Armeen in einem Entscheidungskampfe von größter Verantwortung und größten Schwierigkeiten steht, dann darf man nicht aus keinem Hauptquartier, fern vom Feind, den Kommandierenden drängen ihre Handlungsfreiheit beschränken zu wollen. Wir wollen nicht unseren deutschen Genossen hart- und weisungsartig darüber geben, wie sie sich zu verhalten haben, sondern wir haben alles, was in unseren Kräften steht, zu tun, um den deutschen Arbeitern, der deutschen Sozialdemokratie, zu helfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Jetzt gehört die Erörterung einer Frage, der wir nicht ausweichen dürfen und nicht ausweichen sind. Auf der einen Seite steht der nationalsozialistische Faschismus, der den Massen einredet, daß alle ihre Kräfte, die Arbeitskraft, das wirtschaftliche Elend, nur aus den Friedensverträgen stammen, und der sie zu dem Reentener lockt: es sei besser, die Friedensverträge zu durchbrechen. Auf der anderen Seite steht der Kommunismus, der gleichfalls alle Erörterung, die das in den Friedensverträgen enthaltene Unrecht hervorzuheben hat, auszuweichen versucht und den Massen verspricht, daß nur sein Weg, der Weg der gewalttätigen Revolution, die Heffeln der Friedensverträge brechen könnte. In dieser Lage mußten wir zu den deutschen Arbeitern, zu den Arbeitern Mitteleuropas auch über diese große Frage über

die Revision der Friedensverträge

sprechen. Wir haben alle, nicht nur die sozialistischen Parteien in den Siegerländern, auch die sozialistischen Parteien der besetzten Länder, immer anerkannt, daß die Friedensverträge keineswegs nur Gewalt und Unrecht enthalten, daß in ihnen auch so manches enthalten ist, was die Erfüllung geschichtlicher Kündigungen war. Wenn diese Friedensverträge Rationen, die vorher der Fremdherrschaft unterworfen gewesen sind, wie den Tschechen, den Polen, den Rumänen, den Jugoslawen, ihre nationale Freiheit, ihre staatliche Selbstständigkeit wiedergegeben haben, wenn sie zerstückelte Nationen wiedervereinigt haben, so haben wir Sozialdemokraten auch in den besetzten Ländern das niemals als ein Unrecht, das zu revidieren wäre, sondern immer als einen großen geschichtlichen Fortschritt anerkannt, der eine Errungenschaft ist für immer.

Aber deshalb haben wir, nicht nur die Sozialdemokraten der besetzten Länder, sondern auch die Sozialisten der Siegerländer,

niemals bestritten, daß in den Friedensverträgen auf der anderen Seite schweres Unrecht geschaffen, Ungleichheit zwischen den Nationen begründet, wirtschaftszerstörende Lagen auferlegt worden sind, und wir haben unser Urteil darüber gesprochen von Anfang an. Wir haben überall immer erklärt, daß

wir Sozialdemokraten nicht die Garanten

nicht die Bürgen des in den Friedensverträgen enthaltenen Unrechtes sind.

Wir Sozialdemokraten halten die Revision des Unrechtes, das in den Friedensverträgen enthalten ist, für notwendig und unerlässlich.

Aber es gibt etwas, was wir für noch höher halten als die Revision geschichtlichen Unrechtes, und das ist der Friede, das ist die Verhütung eines neuen Krieges.

Deshalb haben wir es für notwendig gehalten, in dieser Zeit, in der die Demagogie, die von Faschisten und Kommunisten mit dieser Frage getrieben wird, zu einer Gefahr in den besetzten Ländern geworden ist, den deutschen Arbeitern und

den Arbeitern der besetzten Länder überhaupt zu sagen, wie wir die Frage der Revision der Friedensverträge auffassen. Wir wollen von diesem Kongress aus den Arbeitern Deutschlands, den Arbeitern Mitteleuropas sagen, daß die Wiedererlangung der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes und aller seiner Teile, daß die Erlangung des Schutzes für die nationalen Rechte des deutschen Volkes wie für die Minderheiten aller anderen Völker, daß die Erreichung dieses Zieles auf das engste mit der Erreichung unseres sozialen, unseres Klassenzieles verknüpft ist, mit der Eroberung der politischen Macht für das Proletariat, mit der Eroberung des Sozialismus.

Karl Marx hat einmal polnischen Arbeitsschlepper gegenüber, die die Sache der Befreiung Polens als unabhängig von dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse der Welt betrachteten, zugerufen: „Der Pole wird nicht frei, bevor nicht der Arbeiter frei wird!“ Ich fürchte, die Polen sind nicht frei geworden; denn sie haben die russischen Maraschew durch einen polnischen Maraschew vorläufig nur angekauft. (Beifällige Zustimmung.) Wie immer man über Polen denkt, das eine scheint mir wahr zu sein:

von allem Unrecht, das im Gefolge des verfluchten Krieges der Habsburger und der Hohenzollern auf das deutsche Volk gefallen ist, werden wir nicht frei werden, bevor nicht die Sozialisten in Europa so mächtig sein werden, das Schicksal Europas zu bestimmen, bevor nicht die Arbeiter frei werden.

Wenn unsere Resolution die Erklärung gegenüber den deutschen Arbeitern macht, daß wir ablehnen jede gewaltsame Revision der Verträge, die nur zum Kriege führt, daß aber die Arbeiterparteien die Verträge friedlich revidieren werden, sobald sie und in dem Maße als sie die politische Macht erobert, so übernimmt die Internationale, übernehmen die in ihr vereinigten sozialistischen Parteien damit vor der Arbeiterklasse der Welt, vor den Nationen der Welt eine heilige Verpflichtung. Ich bin sicher, wir werden sie erfüllen.

Wir bazillen uns aber nicht darauf beschränken, im ersten Teil der Resolution unsere Forderungen an die Regierung zu richten, im zweiten Teil zu der deutschen Arbeiterklasse zu sprechen, wie hatten doch eine dritte Aufgabe zu erfüllen. Zunächst wir uns nicht, unter Einfluß auf die Regierungen ist bedenklich. Wir wissen, wir sind im Rat der großen Mächte heute nicht mehr ganz so einflußlos, wie wir es einmal waren.

Die Tatsache, daß in Großbritannien die Arbeiterpartei regiert, ist eine wirksame Tatsache und gerade wir österreichischen Sozialdemokraten sind die besten und dankbarsten Zeugen dafür, wieviel die britische Arbeiterregierung bisher schon in kritischen Stunden zu leisten vermochte.

um die Demokratie, um die wirtschaftliche Existenz unseres Landes vor den denkbar größten Gefahren zu bewahren. Aber so wenig wir den Einfluß der britischen Arbeiterregierung für nichts schätzen, so wissen wir, daß ihrem Einfluß noch Grenzen gesetzt sind. Wir wissen darum nicht, ob auch beim nächsten Durchlauf, den wir zu ihnen veranlassen, es gelingen wird, jene Hilfe rechtzeitig und in genügendem Ausmaß durchzusetzen, die notwendig ist, wenn der Untergang, die Katastrophe verhütet werden soll. Wir müssen damit rechnen, daß eine Katastrophe in Mitteleuropa eine neue Periode für den Sozialismus in der Welt einleiten und ihn vor neue und unerhörte Aufgaben stellen kann. Es sind

verschiedene Wege zum Sozialismus

denkbar. Es ist denkbar jener Weg der Gewalt, der Diktatur, des Terrors, zu dem das bolschewistische Beispiel der russischen Revolution breite Massen von Arbeitern in allen Ländern verlockt. Ja, wir werden nicht leugnen — denn Rußland zeigt es — daß auch auf diesem Wege die Produktionsmittel den Kapitalisten entzogen werden können, das Besitz- und das Produktionsmonopol der bestehenden Klassen gebrochen werden kann, daß der Versuch gemacht werden kann, die kapitalistische Anarchie durch planwirtschaftliche Organisation der gesellschaftlichen Produktion zu ersetzen. Aber wir wissen alle — denn auch das zeigt Rußland — daß

der Versuch auf diesem Wege ertauft wird mit den denkbar schwersten Entbehrungen

durch Jahrzehnte, mit dem Verzicht auf die kostbaren Güter der persönlichen und der geistigen Freiheit. Wir wissen, daß das Ergebnis dieser Opfer zunächst kein anderes ist und sein anderes sein kann, als ein Staatskapitalismus einer Diktatur, die erst auf einem langen Weg und auf einem Weg voll erschwerter Gefahren und schwerer Kämpfe allmählich demokratisiert werden müßte, damit die Regierung, die die Produktionsmittel beherrscht, aus der Herrin des Volkes zu einem Organ des herrschenden Volkes werde und damit erst das Wesen des Sozialismus, die Selbstbestimmung der Spitze in seinem Arbeitsprozeß, verwirklicht werde.

Dieser Weg der Gewalt, der Diktatur, des Terrors, er ist nicht unser Weg.

Er ist nicht der Weg, den wir wünschen. Wir haben immer einen ganz andern, entgegen-gesetzten Weg zum Sozialismus gewollt und wollen ihn auch heute. Wir wollen die Freiheit, die Garantien der persönlichen und der geistigen Freiheit, für die die Seiten der

Hafentreu und Unternehmer einig.

Danabank von deutschen Großkapitalisten erworben. — Diskonterhöhung auf 15 Prozent. Unterredung Hitler-Dingeldey. — Volkspartei schließt sich dem Volkentscheid an.

Berlin, 31. Juli. (Eigenbericht.) Heute ist offiziell bekannt gegeben worden, daß ein Industriekonzernium die Danabank übernehmen wird und daß dieses Unternehmen wieder in das Banksystem eingeschaltet werden sollte. Von nächster Woche ab soll wieder der volle Zahlungsverkehr bei den Banken in Gang kommen. Ebenso will die Reichsbank ihre bisherigen Kreditbeschränkungen wieder aufheben. Der volle Zahlungsverkehr bei den Sparkassen soll einige Tage später durchgeführt werden.

Am späten Abend trat der Zentralausschuß der Reichsbank zu einer besonderen Sitzung zusammen, um die letzten Maßnahmen für die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs zu beschließen. Es wurde mit Wirkung von morgen die erwartete Erhöhung des Diskontsatzes von 10 auf 15 und des Lombardsatzes von 15 auf 20 Prozent vorgenommen.

Wiel wichtiger für die zukünftige politische Entwicklung sind aber einige Vorgänge, die mit diesen Dingen zusammenhängen. Die Danabank kommt in den Besitz eines kleinen Kreises deutscher Großindustrieller, zu denen die Leiter der A. E. G., Krupp, Vereinigte Stahlwerke und Ostram gehören. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Großindustriellen sich berufen fühlen, als Leiter der deutschen Wirtschaft aufzutreten. Wie groß die Opfer sind, die sie selbst zu diesem Zwecke bringen, ist nicht bekannt geworden. Dagegen steht fest, daß zunächst bei der Transaktion ein Buchungsgewinn von 43 Millionen Mark erzielt wird und daß die neuen Herrscher der Danabank an das Reich das Ansehen stellen, ihnen mit Subventionen zur Seite zu

stehen. Bei der Dresdner Bank, über die seit einiger Zeit gleichfalls sehr bedeutende Nachrichten umliefen, hat die Regierung bereits Reichshilfe zugesagt.

Ihre volle Bedeutung gewinnen alle diese Vorgänge erst, wenn man sie, wie es notwendig ist, in Verbindung bringt mit der Entwicklung, die sich in der deutschen Volkspartei vollzieht. Diese Partei ist die eigentliche politische Vertretung der deutschen Großindustrie. Ihr Vorstand hat heute den Beschluß gefaßt, sich am Volkentscheid des Stahlhelm gegen die preussische Regierung zu beteiligen. Um nach außen hin zu zeigen, wie eng sie sich schon den Leuten um Hitler und Eugenberg verbunden fühlt, wird in ihrer Presse die Nachricht bestätigt, daß der Parteiführer Dr. Dingeldey Dienstag in Nürnberg mit Hitler eine Aussprache gehabt habe.

Das bedeutet also, daß die Einheitsfront der Nationalsozialisten mit den deutschen Unternehmern hergestellt ist und daß der Volkentscheid, der am 8. August beginnt, das ähner Mittel darstellen soll, um mit Hilfe der Hafentreuerei eine Unternehmersdiktatur über Deutschland aufzurichten. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht in den morgigen Ausgaben der sozialdemokratischen Presse einen Aufruf, in dem auf diese Zusammenhänge hingewiesen und der Beschluß der kommunistischen Parteileitung, sich am Volkentscheid der deutschen Faschisten zu beteiligen, als ein Verbrechen an der Arbeiterklasse gebrandmarkt wird.

als ihren Kampf eben mit jedem Mittel, das ihr noch übrig bleibt — nach der Zerschöpfung der Demokratie — zu führen, dann mögen sich die Herrschenden nicht darüber täuschen, daß die Millionen Sozialdemokraten in der Welt nicht abstoßen werden, sondern, daß sie kämpfen werden auch auf diesem neuen Boden, und sich anpassen werden diesen neuen Kampfmethoden, daß sie mit an der Spitze sein werden und im ersten Schützengraben kämpfen werden.

Wir wollen alles tun, damit diese furchtbare zerstörende Notwendigkeit nicht kommt, wir wollen nicht, daß der Sozialismus komme aus blutigem Bürgerkrieg, wir wollen nicht, daß er komme als das Ergebnis vielleicht eines neuen Krieges, welcher den Völkern, daß er komme auf den Trümmern der Zivilisation und aus einem Meer von Blut, wir wollen die Wege der Demokratie und die Mittel der Demokratie. Aber, um die Arbeiterklasse nicht zu täuschen über Unentrinnbarkeiten, die kommen können, und um den Kapitalisten zu sagen, was sie selbst herbeiführen, wenn sie nicht rechtzeitig tun, was notwendig ist, um die Demokratien Europas zu retten, wollen wir hier sagen: diese Welt, die heute wankt, hat

nur noch diese Wahl, wie sie unsere Resolution ausspricht. Entweder gelingt es, durch rechtzeitige Hilfe in Deutschland und Europa, die Wirtschaft wiederherzustellen, die Demokratie in Europa und damit den Frieden der Welt zu retten, dann ist für die Arbeiterklasse der beste, der günstigste Weg für ihre Ziele, dann ist ihr der Weg der Demokratie erhalten. Oder aber, unser Einfluß ist nicht stark und wirksam genug, das durchzuführen, oder aber diese kapitalistischen Gruppen, die vor dem was kommen kann, klütern und trotzdem nicht imstande sind, ihre inneren Gegenstände, ihre egoismen, ihre Prejudizgefahren zu überwinden und die rettenden Maßnahmen anzuwenden, führen die Katastrophe herbei — dann möge sich niemand darüber täuschen, dann wird es nur noch die eine Aufgabe geben:

wenn schon das Entschliche mit all seiner Not über die Arbeiterklasse hereinbricht, es anzunehmen mit aller Kraft für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, für den Sturz des Kapitalismus, für die Eroberung der sozialistischen Gesellschaft!

Einmütige Solidarität mit der deutschen Arbeiterklasse. Bedeutungsvolle Rundgebungen Leon Blums und anderer Delegierter.

Wien, 31. Juli. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Internationalen Sozialistenkongresses hielt zunächst Leon Blum den vor 17 Jahren ermordeten Jaurès einen Nachruf. Er feierte den großen Vorkämpfer des Sozialismus, der sich mit seiner ganzen Kraft gegen die heranabende Katastrophe gewehrt hat und der als erstes Opfer gefallen ist. Der Kongress hört die Gedenkworte stehend an.

Vorsitzender Grimm erklärt dann, daß Genosse Abramowitsch in den Vorstich berufen wurde, womit die Internationale einen Mann ehren will, den gewissenlose Diktatoren zu verteidigen suchen. In seiner Person begrüßt der Kongress die russische Sozialdemokratie, die von der bolschewistischen Diktatur verfolgt und unterdrückt wird. Abramowitsch dankt der Internatio-

nen für die moralische und brüderliche Unterstützung.

Dann wird die Debatte über das gestrige Referat Otto Bauers begonnen. Erster Redner ist Leon Blum, der im Namen der französischen Partei eine feierliche Erklärung abgibt: „Ebenso wie wir vor acht Jahren ohne Vorbehalt an der Seite der deutschen Sozialdemokraten standen im Kampf um die Souveränität und um die beoachte Einheit des Deutschen Reiches, so stehen wir auch heute an der Seite der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen jede Zerschöpfung des Wirtschaftskreislaufes und der Demokratie in Deutschland.“ (Stürmischer Beifall.)

Die Hilfe der Internationale, die Unterstützung der französischen Partei wird ihr nicht fehlen. Die Rückberufung ausländischer Kredite im Augenblick

Wenn sich der Kapitalismus unjähig erweist, die Krise zu meistern, wenn aus der Wirtschaftsgestaltung der Gewaltstreich der Diktatur hervorzugehen droht, dann sagen auch wir, daß in diesem Falle die Drohung der Arbeiterklasse über den Hauptstern der Debatte stehen soll. Die Internationale kann auf die französische sozialistische Partei zählen! (Anhaltender Beifall.)

Freiheitsdeutschland erklärt, daß der Kampf der deutschen Arbeiterklasse leichter und aussichtsreicher wäre, wenn sie einzig wäre. Gewiß sind auch bei uns Fehler geübt. In diesem Augenblick aber wird in Deutschland der Beweis geliefert, daß nicht die Sozialdemokratie und ihre Politik es ist, die die Kraft der Arbeiterklasse schwächt, sondern die Politik des von Rußland geführten Kommunismus. Für und bestand die Alternative leider nicht, daß, wenn heute Brüning fällt, morgen Reich Reichsminister wird, sondern wenn Brüning heute fällt, so ist die Alternative Hitler und Eugenberg! Glaubt die englische unabhängige Arbeiterpartei, daß das in unserem Interesse, im Interesse Europas und des Friedens ist?

Es ist von ungeheurer Bedeutung, daß in der zur Diskussion stehenden Resolution (Schäfer und Klarer als bisher von der Revision der Friedensverträge gesprochen wird.

Es ist uns wertvoll, daß uns die Internationale hier den Rücken stärkt. Besonders dankt Freiheitsdeutsch dem Genossen Vanderelde, der in der politischen Kommission den Standpunkt vertrat, es geht nicht an, daß auf Grund des Schuldporgramms von Versailles die deutsche Jugend, Deutschlands zukünftige Generationen auf Jahrzehnte hinaus unter der tollwollen Schuld ihrer Väter zu leiden hätten. Zum Schluß sagt Freiheitsdeutsch: Wie stehen in diesen letzten Tagen unter dem Eindruck der Erinnerung an den Juli vor 17 Jahren, und so erstickt lauter noch aus unserer Mund der Ruf nach Frieden, nach Verständigung, für uns Deutsche besonders der Ruf nach Verständigung mit Frankreich, weil ohne diese Verständigung kein Frieden in der Welt ist.

(Stürmischer Beifall. Die Versammlung erhebt sich und bringt dem Redner Ovationen dar.)

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlungen begrüßt der Vorsitzende Habrman den polnischen Delegierten Dr. Liebermann, das Opfer der polnischen Diktatur. Liebermann dankt für die Begeisterung und erklärt, daß die polnischen Sozialisten in diesem Augenblick den deutschen Sozialdemokraten die Hände reichen.

Als Vertreter der englischen Arbeiterpartei unterrichtet Latham die Resolution, die Dr. Bauer vorgelegt hat. Es wird gefragt, erklärte er, ob Deutschland sich nicht selber helfen könnte, statt Hilfe von den fremden Regierungen zu verlangen. Mit einem Entrindenden kann man aber keine Diskussion darüber anfangen, wie es ins Wasser geraten ist! Die englische Arbeiterpartei will keine Lehren erteilen, sie hat Vertrauen zur deutschen Sozialdemokratie und erklärt sich ihr solidarisch.

Subman-Belgien will sich auf die erfreuliche Resolution beschränken, daß zwischen den Delegierten Deutschlands und Frankreichs vollständiges Einvernehmen herrscht. Die französische Sozialisten unterstützen die deutsche Sozialdemokratie und die Internationale hat nichts anderes zu tun, als diese gemeinsamen Bemühungen beider Völker zu vereinen.

Gille-Gmerits erklärt ebenfalls, daß die amerikanischen Sozialisten alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um Volk und Regierung Amerikas dahin zu bringen, an der Lösung der großen politischen Probleme mitzuwirken: Hilfe für Europa und Wristung der Welt!

Tommasi-Itahschtschowski sagt: Unsere Wirtschaft liegt in zu engen Beziehungen mit dem deutschen Wirtschaftskreislauf, um nicht durch die schwere Krise zu leiden, die Deutschland durchlebt. Es ist in unserem Interesse, daß Deutschland gelassen wird. Wir stimmen den Witseln zu, die die Internationale zur Lösung der deutschen Krise beantragt, und wir sind dessen sicher, daß der Kampf der deutschen Sozialdemokraten von einem vollen Erfolg gekrönt sein wird. Wir vergessen nicht, was die Friedensverträge Postivdes und Gerechtes enthalten; sie sind aber doch nur ein Menschenwerk, unvollkommen und können vollkommenet gemacht werden. Gegen diese weitere Ausgestaltung wollen wir uns nicht. Wir machen seit Jahren auf Mittel aufmerksam, durch die eine solche Umgestaltung erfolgen könnte. Als das wirksamste von ihnen erachten wir das

Die Rückberufung ausländischer Kredite im Augenblick

Bestreben, eine Solidarität der politischen und wirtschaftlichen Interessen zwischen allen Völkern und Staaten herzustellen.

Maxton-England (Unabhängiger) beantragt eine Resolution, in der erklärt wird, daß die Forderung der Regierung Brüning indirekt die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwäche und ihren Lebensstandard verschlechtere.

René-Italien polemisiert gegen Maxton. Er will ihm nicht das Recht abstreiten, eine andere Taktik anderer Parteien zu richten, erinnert aber daran, daß in neun Tagen die deutschen Genossen, namentlich die in Preußen, die letzte Festung der Demokratie in Mitteleuropa verteidigen werden.

Die politische Resolution der G.A.Z.

Für die Rettung der deutschen Demokratie. — Streichung der Kriegsschulden. Revision der Verträge. — Gegen Krieg und Faschismus.

Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft hat mit der Erschütterung des Kreditwesens in Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland, ihren Höhepunkt erreicht. Gelängt es nicht, durch

eine schnelle und großzügige Aktion internationaler Solidarität

sie gegenwärtige Kreditkrise in Deutschland zu überwinden, so wird sie unabwendbar eine ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, einen furchtbaren Druck auf die Löhne der deutschen Arbeiter, eine maßlose Verschärfung der deutschen Volksmassen herbeiführen.

Eine solche Verschärfung der Krise in einem der größten Industriestaaten würde unvermeidlich Arbeitslosigkeit und Lohndruck in der ganzen Welt katastrophal vergrößern.

Zugleich würde die Wirtschaftskatastrophe Deutschlands die Gefahr des politischen Zusammenbruchs der deutschen Demokratie vervielfachen.

Ein Sieg einer nationalistischen Diktatur in Deutschland würde die Demokratie in ganz Europa föhlich des Rheins in größte Gefahr bringen. Sie würde den Frieden Europas schwer gefährden und alle Hoffnung auf ein Gelingen der internationalen Abrüstungskonferenz begraben. Sie würde Europa einem neuen Krieg entgegenführen.

Angesichts dieser ungeheuren Gefahr muß alles darangesetzt werden, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands und die schwerste Erschütterung der deutschen Demokratie zu verhüten.

1. Die gegenwärtige Lage hat bewiesen, wie sehr das wirtschaftliche Wohlergehen eines jeden Landes abhängt von dem der ganzen Welt. Sie hat die bringende Notwendigkeit einer gemeinsamen internationalen Aktion bewiesen, um dem Elend ein Ende zu setzen, in das die Weltkrise die Arbeiter aller Länder gestürzt hat.

Der Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft muß durch eine großzügige internationale Kreditaktion verhindert werden.

Diese Kredithilfe muß ohne Aufschub in einem hinreichend großen Ausmaß gewährt werden, wenn sie wirksam sein soll.

Die internationalen Kredite dürfen nicht an politische Bedingungen oder an Bedingungen, die die politische Souveränität Deutschlands beeinträchtigen, geknüpft werden.

Jeder Versuch, die deutsche Not zu politischen Zwecken zu benutzen, würde nur den Nationalismus in Deutschland stärken und damit die Disfaktion vollständig entwerfen.

Andererseits wird die Gewährung der unerlässlichen internationalen Hilfe erleichtert werden, wenn die deutsche Regierung aus eigenem Antrieb den demokratischen Nationen die Verhütung zu geben vermag, daß die von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nicht einer Politik des Nationalismus und der Diktatur, sondern einer friedlichen und demokratischen Politik dienstbar sein werden.

2. Der unverzüglich zu gewährenden internationalen Kredithilfe muß dann so schnell wie möglich eine Neuregelung der Reparationen und der Kriegsschulden folgen. Die bisherige Regelung, schon durch die Steigerung der Kaufkraft des Geldes wesentlich drückender geworden, ist durch die wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland schlechthin unhaltbar geworden.

Die Internationale hat schon 1922 in Frankfurt gefordert: Streichung aller Kriegsschulden und Beschränkung der Reparationen auf den Ersatz der in den Kriegsgebieten Zivilpersonen zugefügten materiellen Schäden.

Die vollständige Annullierung der Kriegsschulden ist heute notwendiger denn je. Sie wird es ermöglichen, die Deutschland aufgebürdeten Lasten dauernd wesentlich herabzusetzen.

3. Der Kampf um die Neuregelung der Kriegsschulden und Reparationen muß auf das engste verbunden bleiben mit dem Kampf um die internationale Abrüstung, die einerseits durch Freisetzung finanzieller Mittel die Lösung der Reparationsfrage, andererseits die Zustimmung der Sei-

werden, das die Erfüllung der deutschen Genossen schwächt.

Um halb 7 Uhr abends wurde der Kongreß unterbrochen; er wird um halb 10 Uhr nachts die Verhandlungen erneut aufnehmen. In dieser Nachtigung soll noch die Debatte über Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit beginnen. Morgen vormittags um halb 10 Uhr findet die letzte Sitzung des Kongresses statt, die gegen Mittag beendet sein dürfte.

Resolution mit 314 gegen 7 Stimmen angenommen.

Die uns bei Abstimmung aus Wien gemeldet wird, wurde die Resolution Bauer zur politischen Lage mit 314 Stimmen gegen die sieben Stimmen der englischen unabhängigen Arbeiterpartei angenommen.

einigten Staaten zur Streichung der Kriegsschulden erleichtert würde.

4. Der Kongreß verurteilt daher aufs schärfste die gefährliche Propaganda der nationalistischen und faschistischen Parteien in vielen Ländern, die die Leidenschaften der Völker gegen ihre Nachbarn zu entflammen suchen.

Ebenso entschieden verurteilt er die Verbreitung von Gerüchten über Krieg und Konflikte, die, wie er überzeugt ist, strapaziöse Agenten der Rüstungskonzerne in Umlauf setzen. Der Kongreß fordert die Regierungen an, sich bemüht zu werden, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas die dringende Aufgabe der Gegenwart ist. Er verlangt daher von den Regierungen, daß sie alle Anstrengungen auf diese Aufgabe konzentrieren.

Der Kongreß fordert weiter von den Regierungen, daß sie unverzüglich ein Programm einer konstruktiven internationalen Wirtschaftspolitik in Angriff nehmen, die Deutschland sofortige Hilfe bringen und die wirtschaftliche Weltkrise eindämmen soll.

II. So unerlässlich die internationale Hilfe für Deutschland ist, so bleibt doch die wichtigste Aufgabe in der Verteidigung der deutschen Demokratie

der deutschen Arbeiterklasse gestellt. Der Kongreß hat volles Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie den deutschen Faschismus schlagen werden. Sie werden dadurch mit ihrer eigenen Freiheit die Freiheit in ganz Mitteleuropa und den Frieden der ganzen Welt retten.

Die sozialistischen Arbeiter der Welt werden in diesem Kampf mit allen ihren Kräften an der Seite der deutschen Arbeiterklasse stehen.

Die junge Demokratie der mitteleuropäischen Staaten kann nur durch die Kraft der Arbeiterklasse verteidigt und behauptet werden. Aber die Demokratie wird den ganzen Enthusiasmus und damit die ganze Kraft der Arbeiterklasse nur dann für sich zu entfesseln vermögen, wenn sie die Wirtschaft unter ihre wirksame Kontrolle zu stellen, wenn sie sich vor den Klaffen der Arbeiterklasse als ein Instrument sozialer Umgestaltung zu bewähren vermag.

Die Verteidigung der Demokratie muß darum auf das engste verknüpft bleiben mit dem Kampf um den Sozialismus.

Faschisten und Kommunisten empfehlen den belagerten Völkern die gemaltene Forderung der Friedensverträge. Aber jeder Versuch, die Verträge durch einseitigen Bruch oder durch Gewalt zu revidieren, könnte nur die Wirtschaftskrise verschärfen und zum Kriege führen. Was die Friedensverträge an Unrecht enthalten, kann nicht anders überwunden werden, als mit den Methoden der Demokratie und des internationalen Rechtes. Es wird überwunden werden durch den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wie die Sozialistische Arbeiter-Internationale schon bisher gegen jede Vergewaltigung der besiegten Nationen gekämpft hat, so werden die sozialistischen Arbeiterparteien, wenn sie, und in dem Maße, als sie die Macht erobern,

Schrittweise und friedlich die Verträge revidieren.

in dem Sinne, daß sie allen Völkern die volle Gleichberechtigung innerhalb der friedlichen Gemeinschaft der Völker, das Selbstbestimmungsrecht innerhalb eines besiedelten Europas und Schutz und kulturelle Selbstverwaltung ihrer nationalen Minderheiten sichern werden.

III. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale setzt ihre ganze Kraft daran, der Arbeiterklasse aller Länder die Möglichkeit zu sichern, ihren Kampf auf dem Boden der Demokratie und mit demokratischen Mitteln zu führen und die erklämpfte Macht mit demokratischen Methoden auszuüben.

Wenn aber die kapitalistischen Klassen, die heute noch die Demokratie beherrschen, trotz allem Druck

der sozialistischen Parteien aller Länder und trotz den Anstrengungen der britischen Arbeiterregierung, zu deren Bemühungen um die Sicherung des Friedens und der Demokratie die Internationale das größte Vertrauen hat, die mitteleuropäische Wirtschaft und die mitteleuropäische Demokratie untergehen lassen sollten, wenn im Gefolge einer solchen Katastrophe der deutschen Wirtschaft in ganz Europa östlich vom Rhein faschistische Gewalt der Arbeiterklasse ihren demokratischen Kampfzweck entzieht,

Dann wird der Arbeiterklasse kein anderer Ausweg bleiben, als der Gewalt des Faschismus alle ihre Machtmittel entgegenzusetzen. Die Welt hat keine andere Wahl als die: entweder eine sofortige und großzügige internationale Aktion zur Rettung der Wirtschaft, der Demokratie und des Friedens oder die Katastrophe und den Bürgerkrieg.

Briand erkrankt.

Paris, 31. Juli. Außenminister Briand hat von der Londoner Konferenz eine schwere Erkältung mit nach Hause gebracht und muß sich einige Tage der Erholung gönnen, da er auch unter mehreren Asthma-Anfällen zu leiden hatte. Die behandelnden Ärzte sind aber der Ansicht, daß seine Unpäßlichkeit nicht zu der geringsten Sorge Anlaß gibt.

Regierung Zamora bekräftigt.

Madrid, 30. Juli. Die verfassungsgebenden Cortes bekräftigten unter hitzigen Beifall die Vollmachten der Regierung Alcalá Zamora durch Jurné.

Weitere Börsensperre in Ungarn.

Budapest, 30. Juli. Die Regierung hat heute abends eine Verordnung erlassen, durch welche

Kongreß der Giamac.

Kriegsopfer gegen den Krieg!

Der Kongreß der Kriegsopfer wurde gestern im Senat feierlich eröffnet. Präsidenten sind Dr. Reumeyer (Tschchoslowakei) und Genosse Brandeis (Österreich). Unterrichtsminister Genosse Dr. Dörner begrüßte die Vollversammlung in Vertretung des Genossen Dr. Ludwig Czék und überbrachte die Grüße der tschchoslowakischen Regierung, die für den Friedensgedanken der Vereinigung das größte Verständnis habe. Die Zukunft Europas könne nur auf gegenseitiger Achtung der Nationen und Aufbau der sozialen Gerechtigkeit geknüpft werden. Genosse Dr. Dörner erklärte weiter, daß die Regierung volles Verständnis für das moralische Recht der Kriegsopfer auf volle Versorgung und Entschädigung habe. Leider hat Dr. Dörner hier wohl mehr als Parteimann denn als Minister gesprochen. Denn angesichts der momentan tobenden „Herbstmanöver“ kann gerade an dieser Stelle die Bemerkung nicht unterdrückt werden, daß der sozialen Fürsorge durch eine entsprechende Herabsetzung der ungeheuren Militärkosten sehr leicht geholfen werden könnte. Leider mußte schon der zweite Redner Pichot (Frankreich) darauf hinweisen, daß gerade infolge der drückenden Militärausgaben und der herrschenden katastrophalen Wirtschaftskrise fast sämtliche Staaten Europas ihre Ersparnismaßnahmen bei der Invalidenfürsorge begannen. Unter großem Beifall proklamierte Pichot die Solidarität der Kriegsopfer mit der Arbeiterbewegung und erklärte, daß die Kriegsteilnehmer den Ruhm des Heldentodes sehr gerne denen überlassen, die ein Schlachtfeld nie gesehen, dafür aber immer zum Schlachten angeeifert haben.

Kamens des Reichsbanners erklärte Bundesratspräsident Paul Chron, daß die republikanischen deutschen Parteien gerade jetzt mit allen Kräften der Katastrophopolitik der extremen Rechten entgegenzutreten werden, um das Vertrauen des Auslandes zu Deutschlands Demokratie wiederzugewinnen. Für die internationale Hochschulvereinigung sprach Smetrel, für das internationale Arbeitsamt Dechamps und für den Völkerverbund de Blondel.

Die eigentlichen Arbeiten des Kongresses begannen nachmittags in zwei Kommissionen. Die Friedenskommission wird folgende Referate behandeln: Brandeis: Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Weltfriedens, Reichstagsabgeordneter Rohmann: Der gegenwärtige Stand der Schiedsgerichtsbarkeit und der Abrüstung; Frau Harnok: Internationale Jugendberziehung. Die Verorganisationskommission wird behandeln: Dechamps: Die Lage der Kriegsveteranen; Pichot: Die Friedensfähigkeit der Verbände; Huber (Frankreich): Errichtung eines technischen Sekretariats für Tuberkulose bei der Giamac. In seinem Referat: „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Weltfriedens“ führte Genosse Brandeis (Österreich) vor allem aus, daß durch die Krise Gefahren aller Art herausbeschworen wurden: soziale Gefahren (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und sinkende Löhne), innerpolitische Gefahren (Radikalisierung der Jugend), außenpolitische Gefahren (steigende Rüstungen), die zur Ruhigwendung der Waffen drängen. Genosse Brandeis beschäftigte sich weiter mit der Arbeitslosigkeit, den Lohnreduzierungen und erkannte als Ursache der Wirtschaftskrise die überreiche

die Wirksamkeit der nach den Bankfeiertagen in Kraft gesetzten Ubergangsmassnahmen bis 14. August verlängert wird, wobei aber die bisherigen Einschränkungen des Zahlungsverkehrs weiter gelockert werden.

Gegen die Verlegung der Brüner Waffenfabrik.

Brünn, 31. Juli. Der Vorstand des Betriebsausschusses der Tschchoslowakischen Waffenfabrik interzentrierte heute im Präsidium des Brüner Stadtrates und verlangte u. a., daß die Brüner Stadtverwaltung alles Mögliche vorkühre, damit die geplante Verlegung des Unternehmens nach Prag nicht erfolge. Der Vorstand des Betriebsausschusses erhielt die Zusicherung, daß die Stadtverwaltung bereits Schritte unternommen habe, damit von der beabsichtigten Verlegung des Unternehmens nach Prag Abstand genommen werde.

Vom Rundfunk

Sonntag. Prag: 10.20: Schallplatten. 16.20: Kolner Musik. 18: Deutsche Sendung: Das Volkslied in der Tschchoslowakei. 19: Zister-Tris. 21: Orchesterkonzert. — Brünn: 10.20: Schallplatten. 18: Deutsche Sendung: Schöbers: Die schöne Müllerin. 19.25: „Sag es niemandem“, Juntschberg. — Rühr: 19.25: Schallplatten. 19.25: Gute Stunde aus Brünn. — Regensburg: 10.30: Promenadenkonzert. 12.05: Mittagskonzert. — Berlin: 14.30: Beethoven-Grahn. 20.50: Orchesterkonzert. — Hamburg: 15.15: Reisen und Wandern. — Königsberg: 19: „Walfäre“, Oper von Wagner. — Leipzig: 8.30: Orgelkonzert. 20.10: „Der Geizige“, Komödie von Rollé. — Wien: 10.30: Chordorträge. 13.25: Caruso singt.

Bei den Verhandlungen der Friedenskommission hielt Genosse Rohmann (Deutschland) ein ausführliches und erschöpfendes Referat über den gegenwärtigen Stand der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung. Der Berichterstatter verwies auf die Ergebnisse der bisherigen sieben Tagungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die er eingehend und ausführlich sachlich in seinem schriftlich niedergelegten Elaborat kritisiert. Aus seinen umfangreichen und erschöpfenden Ausführungen sei hervorgehoben, daß seiner Ansicht nach der Kardinalfehler des Entwurfes darin besteht, daß nur von einer Begrenzung und so weit möglichen Herabsetzung der Rüstungen gesprochen wird. Genosse Rohmann behandelte dann die Aussichten der endgültigen Abrüstungskonferenz, die kommenden Jahres einberufen werden soll. Mit besonderer Schärfe wandte er sich in Uebereinstimmung mit dem Vorbehalt der deutschen Delegation dagegen, daß der Entwurf wesentliche Faktoren von einer Begrenzung und Herabsetzung der Landrüstungen ausschließe. Anstatt zu einer wirklichen Abrüstung zu führen, diene dieser Entwurf nur zur Verschleiierung des wahren Rüstungsstandes der Welt oder ermöglichte sogar eine Erhöhung der Rüstungen. Was die Stellungnahme der Giamac zu dem Konventionentwurf und zur allgemeinen Abrüstungskonferenz anbelangt, wurde darauf verwiesen, daß zu dieser Frage eine präzise und klare Resolution im Plenum des Kongresses gefaßt werden wird. Eines aber hat Genosse Rohmann mit seltener Klarheit festgehalten: Die allgemeine Abrüstungskonferenz darf mit keinem Mißerfolg enden, weil das ein ungeheurerlicher Anschlag gegen die Verhütung und den Frieden der Welt sein würde. Es wird dringende Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung sein, die Abrüstung gegen den mächtigen Militarismus durch systematische Zusammenfassung und zielbewusste Führung der Massen zu erzielen.

Nach Schluß der Nachmittagsberatungen waren die Konferenzteilnehmer Gäste der Stadt Prag und wurden von den Genossen Primatorfielverteiler Kellner in tschechischer und deutscher Sprache herzlich begrüßt.

Tagesneuigkeiten

Enttäuschte „Christen“.

Rein Deuter.

Eine herbe Enttäuschung wurde der kirchlichen Presse zuteil, die so ungestüm nach dem Henker schrie und darüber hinaus nach einem Schnellrichtiger, der im beschleunigten Verfahren Todesurteile fabrizieren könnte. Nach der Abjagung des Herrn Troumarffy ist bekanntlich der Henkerposten vakant. Jüngst reiste neulich eines jener „Abendblätter“, die früh um 9 Uhr erscheinen, der Dessenlichkeit mit, daß der Nachfolger bereits erkoren sei und demnächst sein Amt antreten werde. Man war sogar in der Lage, dem woffbegierigen Publikum Einzelheiten zu bringen. Der neue Scharfrichter sei seinem Beruf nach Vädemeister, er betreibe anatomische Studien im pathologischen Institut und dergleichen Unappetitlichkeiten mehr.

Nun demontiert das Justizministerium diese Freudenbotschaft und Trauer senkt sich auf die kirchliche Spitze nebst den reaktionären Gesinnungsgenossen. Rein Deuter, noch immer kein Henker! Man hört förmlich die tiefen Seufzer dieser Christenheit: nein — dieser von Pfaffen vertroffenen Gemeinschaft der geistig Unmündigen. Wir können den guten Priestern und wahren Christen die Bein nachfühlen, die ihnen die weltanschauliche Gemeinschaft mit den Pfaffen und päpstlichen Trömmelern verurteilt.

Jubelnder Empfang in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 31. Juli. „Graf Zeppelin“ ist heute um 4 Uhr 52 Minuten unter den jubelnden Hochrufen einer großen Menschenmenge hier glatt gelandet.

Nach der Landung wurde das Luftschiff vor die Halle gebracht. Um 5 Uhr 20 erfolgte dann die Einfahrt unter den Klängen des Deutschlandliedes und lebender Hymne. Als Dr. Eckner an der Gondelstürz erschien, wurde er von dem zahlreich erschienenen Publikum mit stürmischen Hochrufen empfangen, ebenso Kapitän Lehmann.

Vor dem Verwaltungsgebäude erklärte Dr. Eckner ganz kurz, daß er vollkommen befriedigt von der guten und ergebnisreichen Fahrt sei; die Flugstrecke betrage insgesamt 12.000 Kilometer. Eine Veränderung der Route, wie sie in den letzten Tagen in den Blättern zu lesen gewesen wäre, sei nicht erfolgt.

Professor Samojlowitsch erklärte, er dürfe einen Fahrtbericht vorläufig nicht geben, da ihm eine achttägige Schweigepflicht auferlegt sei. Dieser Tage würden die Ergebnisse zusammengestellt und die wissenschaftliche Auswertung erfolgen.

200.000 Mark unterschlagen.

Bielefeld (Westfalen), 31. Juli. Der frühere Rentant Schwarz der Hannoverschen Spar- und Darlehenskasse wurde verhaftet und nach Bielefeld ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Schwarz soll die Hannoversche Kasse durch Unterschlagungen und schwere Urkundenfälschung um mehr als 200.000 Mark geschädigt haben. Die Bundeszentralstelle will nur einen Teil des Fehlbetrages übernehmen. Von den etwa 400 Genossenschaften soll jeder 250 Mark zur Deckung des Fehlbetrages aufbringen. Die Genossenschaften wollen ihrerseits den Vorstand und den Aufsichtsrat für den entstandenen Schaden haftbar machen.

Riefenstiftung für eine Berliner Schulzahnklinik.

Berlin, 30. Juli. Durch Vermittlung des amerikanischen Botschafters hat der in Deutschland bereits durch eine große Stiftung bekannte Julius Rosenwald aus Chicago dem Oberbürgermeister Dr. Sahm seine Absicht kundgegeben, der Stadt Berlin eine Stiftung in der Höhe von einer Million Dollars zu machen. Die Stiftung ist für die Errichtung einer Zahnklinik für Kinder im Alter von drei bis 16 Jahren bestimmt. In seiner gestrigen Sitzung hat sich der Magistrat grundsätzlich mit der Annahme der Stiftung einverstanden erklärt.

Im Hochgebirge erkranken.

Salzburg, 31. Juli. (M.) Zwei Touristen aus München namens Robert Lofler und Bartholomäus Sängler wurden gestern im Kapruner Tal hinter der Glocknerin in einer Höhe von dreitausend Meter erkrankt und aufgefunden.

Die höhere Pfaffenrecht! Wie haben seinerzeit über den Skandalösen Vorfall berichtet, der sich auf dem Seimertinger Friedhof anlässlich des Begräbnisses des in den Alpen abgestürzten Dr. Bonifazius zugetragen hat. Der Dechant von Seimerting gab am offenen Grabe eine Erklärung ab, daß dem Verstorbenen die „Ehre eines christlichen Begräbnisses“ nur gewährt werde, weil anzunehmen sei, daß er seine der kirchlichen Norm widersprechende Form der Eheschließung (standesamtliche Trauung) bereut habe und bereit gewesen sei, die daraus entstehenden Folgen zu begeben. Unter den Trauergästen erhob sich darauf berechtigter Unwille, der sich auch in Juristen an dem Pfaffen Luft machte. Die kommunalpolitischen Gemeindevorsteher von Seimerting haben nun einen Antrag eingebracht, in dem sie das

Das Gemeindefinanzgesetz bringt die Böhmerwaldgemeinden an den Ruin.

Ein Notschrei der Großgemeinde Stadln.

Im Gerichtsbezirk Hartmann liegt die aus vielen kleinen Orten bestehende, über 2000 Einwohner zählende Gemeinde Stadln. Tadellos muß der Gemeindevorstand übergeben, um eine Sitzung der Gemeindevertretung einzuberufen, da sich die Gemeinde über eine geradezu riesige Fläche erstreckt. Die Gemeinde ist wie die Bevölkerung arm. Vor Schaffung des Gemeindefinanzgesetzes konnte sie noch recht und schicklich ihr Auslangen finden. Aber das Gemeindefinanzgesetz hat sie förmlich zum Ruin geführt. Außerdem wurde die Gemeinde dadurch schwer getroffen, daß den Industriellen große Steuernachlässe nachträglich bewilligt worden sind. Das Bürgermeisteramt in Stadln, das von einem Genossen geleitet wird, hat uns über die finanzielle Lage der Gemeinde nachstehende Mitteilungen zur Verfügung gestellt:

Am 29. Mai 1929 wurde dem Bürgermeisteramt vom Steueramt in Schüttenhofen ein Betrag von 25.800 K als Zuweisung von Gemeindeabgaben übermittelt. Für das Jahr 1929 erfolgten diese Zuweisungen noch regelmäßig. Als im März 1930 die Zuweisungen ausblieben, fragte der Bürgermeister deswegen beim Amtssitz in Hartmann an. Daraufhin antwortete die Steuerbehörde in Schüttenhofen, daß die Gemeinde infolge Steuerabschreibungen für die Glasindustrie A.G. in Chodan für die Jahre 1922 bis 1924, die in der Gemeinde Stadln zwei Niederlassungen besitzt, nichts zu fordern habe, im Gegenteil noch einen Betrag von 21.000 K schulde. Wegen dieser Abschreibungen wurde bereits am 23. November 1930 unter Zahl 1467 bei der Landesbehörde Vorstellung erhoben, doch erfolgte bis heute keine Antwort.

Im März 1931 sprach der Bürgermeister von Stadln bei der Steuerbehörde in Schüttenhofen vor und verlangte eine Berechnung dieser alten Schuld. Es wurde ihm dort folgendes mitgeteilt: Von der Steueradministration in Chodan sind an die Glas A.G. in Chodan bis zum Jahre 1927 noch weitere Abschreibungen der Steuerabschreiber vorgenommen worden. Außerdem wurden noch Abschreibungen vorgenommen wegen eines Rechnungsführers des dortigen Steuerbeamten, so daß die Gemeinde Stadln dem Steueramt in Schüttenhofen bereits einen Betrag von 39.000 K schuldet. Die Gemeinde hat eine Steuergrundlage von 16.505 K, der 250-prozentige Betrag auf Grund dieses Steuerfußes beträgt 41.262. Der Ertrag der übrigen Gemeindefinanzabgaben im Jahre 1930 war 2500 K. Vom Ausgleichsfonds erhielt die Gemeinde 2800 K, das ordentliche Einkommen für das Jahr 1931 beträgt 126.850 K, dem eine Bedeckung von 42.000 K gegenübersteht. Alle für die Gemeinden möglichen Steuern und Abgaben sind bereits eingeführt; trotzdem kann die Gemeinde damit kein Auslangen finden.

Vor Einführung des Gemeindefinanzgesetzes haben die Schulsprenkel ihre Schulen selbst erhalten, nun hat die Gemeinde für acht Schulen zu sorgen. Der größte Steuerträger, Fürst Hohenzollern, hat früher eine Schule selbst erhalten. Diese war in der Zeit vor dem Krieg in der Gemeinde Stadln für die Armen gehalten. In dieser Zeit zahlte Hohenzollern 10.000 bis

12.000 Kronen und außerdem leistete er an Gemeindefinanzabgaben rund 2000 Kronen. Seit Einführung des Gemeindefinanzgesetzes hat die Gemeinde sowohl die Schulen als auch die Armen zu erhalten und es zahlt Hohenzollern der Gemeinde jetzt nur einen Betrag von insgesamt 6.340 Kronen an Gemeindefinanzabgaben. Das Gemeindefinanzgesetz brachte es mit sich, daß dem Fürsten Hohenzollern zu Ungunsten der Gemeinde Stadln dreiviertel seiner früheren Zahlungen gestrichelt wurden.

Wie machen sich nun die Auswirkungen des Gemeindefinanzgesetzes bemerkbar?

Die Gemeinde konnte den Schulen für das Jahr 1930 einen Betrag von 12.000 Kronen nicht auszahlen. Der Jugendfürsorge schuldet die Gemeinde für die Versorgung von Kindern einen Betrag von über 4000 Kronen. In der Gemeinde leben krüppelhafte und arbeitsunfähige Gemeindefürsorge, denen, wenn ihnen das Gemeindefinanzamt keine Unterstützung nicht ausbezahlt, schon am zweiten der Hungertod droht. Nachdem der Gemeinde keine Gelder zugewiesen worden und der Bürgermeister die Gemeindefürsorge nicht verhungern lassen will, ist er gezwungen, diesen Armen von seinem Gehaltsanteile Vorschüsse zu gewähren.

Wenn aus den jetzigen Einnahmen der Gemeinde nicht einmal die laufenden Ausgaben gedeckt werden können, wo soll die Gemeinde dann zur Erhaltung der Schulen, die mitunter schon über 60 Jahre alt sind und seit Jahren keiner Reparatur unterzogen wurden, Geld hernehmen? Wie sollen die Straßen erhalten werden und wie soll im kommenden Winter die Arbeitslosenfürsorge durchgeführt werden? Es ist jetzt so weit, daß die Schulen für den kommenden Winter kein Holz anschaffen können und wenn nicht eventuell die Lehrer der einzelnen Schulen aus eigenen Mitteln Holz für die Schule besorgen, so wird der Unterricht eingestellt werden müssen.

So schildert das Gemeindefinanzamt die durch das Gemeindefinanzgesetz geschaffene Lage. Was sagen dazu unsere Landwirte, die sich bei ihren Anhängern noch der Schaffung des Gemeindefinanzgesetzes rühmen und die Einführung dieses Gesetzes auch heute noch gutheißen? Sehen sie nicht, wie die armen Böhmerwaldgemeinden durch dieses Gesetz vollständig ruiniert werden? Der Schrei dieser großen, armen Böhmerwaldgemeinde darf nicht ungehört verhallen, er muß beitragen, daß dieses unheilvolle Gesetz endlich verschwindet und den Gemeinden die finanzielle Grundlage zum weiteren Bestand wiedergegeben wird. Der einzige Erfolg des Gemeindefinanzgesetzes ist der, daß die finanziellen Starke, Tausende von Kronen ersparen, die sie früher an die Gemeinde leisten mußten und daß die Gemeinden über kurz oder lang vor dem Bankrott zu stehen kommen. Weg mit diesem Strid, der die Autonomie der Gemeinden noch ganz zu zerstören droht!

Rit vorgehaltenem Revolver. Donnerstag abends drangen unbekanntes Täter in die Wohnung des Trafikanten David Brody in Ungvar ein und verhiinderten die Familie mit vorgehaltenem Revolver, Widerstand zu leisten, worauf sie eine Reihe von Schußwunden erlitten und mehrere Schlüssel raubten. Hierauf sperrten sie sämtliche Familienmitglieder in der Wohnung ein und drangen mit Hilfe der entwendeten Schlüssel noch in die Trafik Brodys ein, wo sie 1300 K in bar entwendeten. Sie führen dann mit dem Auto in der Richtung gegen Gub ab.

Autobusunglück. Freitag früh ist in Oberhalbach (Rheinprovinz) ein Omnibus, der Bergleute zur Grube brachte, verunglückt. In einer abschüssigen Kurve verlor das Steuer des schweren Wagens. Der Lenker versuchte, in eine etwas ansteigende Straße einzubiegen. Dabei kam der Omnibus zu weit nach links und streifte eine hohe Gartenmauer. Die linke Seite der Karosserie wurde aufgerissen und die auf dieser Seite sitzenden Bergleute wurden herausgeschleudert und gerieten zum Teil zwischen Wagen und Mauer. Von den 42 Insassen erlitten drei schwere Knochenbrüche und 16 Schnittwunden und Verletzungen.

Verhängnisvolles Vorfahren. Aus Augsburg wird gemeldet: Ein mit sechs Personen besetzter Schnellzug, der einer Münchener Firma gehört, stürzte beim Überholen eines anderen Zuges mit voller Wucht in den Straßengraben und wurde vollständig zerstört. Von den Insassen wurde ein neunjähriges Mädchen aus Dillingen sofort getötet, ein fünf Jahre altes Mädchen aus Dillingen und ein 20 Jahre alter Vater aus Halle wurden lebensgefährlich verletzt. Die übrigen Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Kaufmann und Kontoristin. Freitag früh wurden in Wien der 35 Jahre alte Kaufmann Franz Fiegel und die 25 Jahre alte Beamtin Marie Kovak in einem Büroraum des Kaufmanns, der mit Gas dicht angefüllt war, tot aufgefunden. Fiegel lebte von seiner Frau ge-

schieden, doch belag er noch immer mit seiner Gattin eine gemeinsame Wohnung. Fiegel hatte überaus tiefe Zuneigung zu seiner Angeheften Marie Kovak gehabt. Wegen Ausschließlichkeit seiner Liebe zu seiner Beamtin, die er nicht ehelichen konnte, überredete er die Kovak zu dem gemeinsamen Selbstmord.

Vom Nord des Eisbrechers „Malgin“ meldet der Sonderkorrespondent des „Tag“: Der Aufenthalt des Eisbrechers in der Bucht Lichaja wurde zum Besuche des Tales des Schweigens benutzt. Die auf dem Franz-Josef-Land überwinternden Forscher erzählten den ausländischen Journalisten und Touristen vom „Malgin“ von den wissenschaftlichen Beobachtungen auf der Hooper-Insel. Heute früh vier Uhr soll der Eisbrecher die nördlichste Sowjetradiostation und die Überwinternden auf Seeweraja Zemlja verlassen und sich über die Wellenmeerenge nach der Insel Nordbrook begeben.

Sichere Krebsdiagnose? Das britische Reichsinstitut für Krebsforschung nimmt solchen eingehende und genaue Prüfungen der Methode des Dr. Bendien aus Jexil in Holland vor. Dr. Bendien behauptet, eine Methode gefunden zu haben, durch die man die Krebsdiagnose genau stellen kann. Nach dem bisherigen Stand der Prüfung erklärt das britische Institut, daß Dr. Bendien tatsächlich eine Methode gefunden habe, die einen entscheidenden Fortschritt in der Krebsforschung bedeutet. Die Prüfungen wurden so vorgenommen, daß unter strengen Kauteilen 21 Personen ausgesucht wurden, aus deren Blut ein Serum hergestellt wurde. Von diesen 21 Blutpräparaten wurden fünf Krebskranken, zwei normalen und gesunden Personen und 14 Personen mit anderen Krankheiten entnommen. Dr. Bendien unterschied durch seine Methode tatsächlich genau die fünf Präparate, die von Krebskranken Personen stammten sowie die beiden Präparate aus dem Blute gesunder Personen. Außerdem erkannte er bei einer der auf einer unbekanntem Krankheit leidenden Personen genau den Krebs. Durch eine Kontrollprüfung wurde bei diesem Kranken tatsächlich Krebs festgestellt. Das britische Institut für Krebsforschung betont, daß natürlich eine weitere Zeit notwendig ist, bevor die Methode des Professors Bendien genau überprüft sein wird. Außerdem darf man nicht vergessen, daß dies bloß die diagnostische Methode ist.

Die Chinesin bittet. Auf dem internationalen Kongress des Weltbundes abstinenten Frauen, der vorigen Monat in Toronto, Canada, stattgefunden hat, sah man auch viele Vertreterinnen des fernen Ostens. Ägypten, Indien, Japan und China hatten Delegierte entsandt. Ruth Chen, die kleine Chinesin, richtete folgenden warmherzigen Appell an die fast 2000 Mitglieder zählende Versammlung: „Hört meine Bitte! Frauen aus aller Welt, helft einen Kampf aufzurichten gegen die Einfuhr von Opium und Heroin, von Zigaretten und alkoholischen Getränken und von Schundfilmen ärgster Sorte, mit denen die Kapitalisten aller Länder unser Land überschwemmen und die Widerstandskraft und Moral meines Volkes untergraben. Ich selbst war lange genug so verblendet, eure Zivilisation zerknirscht zu bewundern und bedauerte es tief, daß unser Volk immer mehr eure Getränke und Sitten annimmt. China mit seinen 450 Millionen Menschen steht an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Wir Frauen müssen das Beispiel einer gesunden, reinen Lebensführung geben und Körper und Geist stärken für die neue Zeit.“

Tuberkulose und Alkohol. Ein französischer Forscher hat in einem Pariser Spital 717 Fälle von Lungenschwindsucht bei Arbeitern beobachtet, von denen rund 80 Prozent Alkoholiker waren. Lauterbach, ein anderer französischer Arzt, hat unter 2192 von ihm beobachteten Fällen von Tuberkulose den Alkoholismus als Ursache in 1229 Fällen gleich 56 Prozent gefunden und umgekehrt unter 1589 Alkoholikern der Pariser Spitaler 853 Tuberkulose oder 44 v. H.; also fast jeder zweite Trinker erkrankte an Lungenschwindsucht. Nach Firket sind in Preußen von 1000 Todesfällen bei Rekruten nicht weniger als 528 der Tuberkulose zuzuschreiben. Nach dem Jahresbericht der Ortskrankenkasse der Berliner Gastwirte war bei 45 Prozent aller Gastwirte, die im Berichtsjahr starben, Schwindsucht die Todesursache. Der Kampf gegen die Tuberkulose soll also auch ein Kampf gegen den Alkoholismus sein.

Der deutsche Iraker „Ludwig Sander“ ist an der englischen Küste bei North Ronaldsay gestrandet. Vier Mann wurden gerettet, nachdem ein Boot, in dem sie sich auf Meer begeben wollten, gesunken war.

Antibanditenliga in New York. Der „Daily Express“ teilt aus New York mit, daß der raubische Überfall in den letzten Tagen, bei welchem auf der Straße spielende Kinder durch Maschinengewehrfeuer verletzt wurden, unter dem Einfluß von New Yorks große Erbitterung hervorgerufen habe. 30.000 ehemalige Frontkämpfer haben den Entschluß gefaßt, eine Legion zum Kampf gegen die Banditen zu bilden, und haben an den Präsidenten Hoover eine Petition geschickt, in welcher sie um die allgemeine Mobilisierung der Polizei ersuchen.

Kommunisten fürmen ein Nazibüro. In Rumänien führten Kommunisten nach wiederholten Versuchen das E.-A.-Büro der Nationalsozialisten, drangen in das Gebäude ein, zertrümmerten die ganze Einrichtung sowie sämtliche Fensterhebeln. Bei dem Sturm auf das Haus, das kurz vorher von der Polizei nach Massen durchsucht wurde, wurden zehn Personen schwer verletzt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Skandalöse Wirtschaft im Papierkartell.

Riesige Direktorengehälter, Auspönerung des Inlandsmarktes, Mißbrauch des Zollschutzes.

Wir haben schon wiederholt auf die außerordentlich schädliche Tätigkeit des Papierkartells aufmerksam gemacht. Nun greift auch eine gut bürgerliche Zeitschrift „Die Wirtschaft“ vom 25. Juli d. J. in einem aufsehenerregenden Artikel von Dr. Alexander Szana das Papierkartell an. Der Verfasser scheidet die internen Vorgänge im Kartell sehr gut zu kennen, sonst könnte er nicht feststellen, daß die Leiter des Papierkartells nicht im Interesse der Papierindustrie, sondern „im eigenen wohlverstandenen Interesse“ am Weiterbestand des Kartells festhalten. Der Apparat der Zentralverwaltung des Kartells verschlingt riesige Summen. Von den drei angestellten Direktoren wird behauptet, daß sie jeder ein Jahresgehalt von 300.000 K beziehen. Die Befoldung der zahlreichen Abteilungsleiter wird mit 120.000 bis 150.000 K jährlich angegeben. Ein besonderes „Verdienst“ um das Kartell soll sich dessen Rechtsanwält Dr. Klein erworben haben, wofür er ein Honorar von 1,2 Millionen K erhalten haben soll. Die Geschäftsführung wird daher mit Recht „Luxuriös“ genannt. Und diese horrenden Kosten trägt dieselbe Industrie, der z. B. die Löhne der Arbeiter immer zu hoch sind, anscheinend ohne Widerspruch! Zu diesen Kosten kommen auch noch andere, die der Verfasser nicht anführt, die sich aber für die Öffentlichkeit noch schädlicher auswirken. Das Papierkartell hat bisher die Stilllegung der Papierfabriken Brüdnovitz, Franzenthal, Budenz und Pirkiß veranlaßt. Durch diese Stilllegungen wurden 700 Arbeiter arbeitslos und damit dem größten Elend überantwortet, aber den Besitzern zahlte das Kartell Millionen an Entschädigung.

Dr. Szana macht mit Recht auch auf die schädliche Preispolitik des Papierkartells aufmerksam. Trotzdem die Preise tatsächlich von den Fabriken unterboten werden, hielt das Kartell die unberechtigten hohen Preise aufrecht. Es wird die ausgesprochene Dumpingpolitik betrieben. Der Inlandsmarkt wird mit hohen Preisen ausgeschöpft, dafür wird zu Schleuderpreisen exportiert. Die inländischen Verbraucher müssen den unersättlichen Profitgier der Papierindustriellen füllen. Dies ist nur möglich, weil der hohe Zollschutz von den Herren aufs größte mißbraucht wird. Wir stimmen mit der „Wirtschaft“ überein, wenn sie von einer „unmoralischen Papierkartellpolitik“ schreibt.

Angesichts dieser skandalösen Kartellwirtschaft erhebt sich die Frage, wie lange unsere Staatsverwaltung da noch ruhig zusehen wird. Wann kommt endlich das schon wiederholt geforderte Kartellgesetz, das die Konsumenten vor der Ausplünderung durch die Kartelle schützt?

Der Streik der Klavierarbeiter in Georgswalde

nach 7 wöchentlicher Dauer zum Abschluß gekommen.

Die Firma August Förster kündigte mit Mai 1. J. dem Verbands der Holzarbeiter, Drechler und verwandter Berufe in der tschl. Republik, Eiz. Reichenberg, den bestehenden Lohn- und Arbeitsvertrag und forderte von der Arbeiterschaft einen Lohnabbau, den dieselbe ablehnte. Die Verhandlungen, welche zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation vor dem Kampfe stattfanden, führten zu keinem Ergebnis, so daß die Belegschaft gezwungen war, am 2. Juni 1. J. die Arbeit einzustellen. Während des Streikes wurden vonseiten der Behörde neuerliche Verhandlungen eingeleitet, die später zu einem Ergebnis gelangten, so daß ein neuer Lohn- und Arbeitsvertrag zum Abschluß kam. Die bestehenden Regellöhne für Facharbeiter und Hilfsarbeiter werden nicht abgelehnt. Die Affordberechnung erfolgt in Zukunft auf der Grundlage des Facharbeiterlohnes, zu welchem ein 18 Prozentiger Affordverdienst gewährt wird. Der Abbau der Affordhöhe erfolgt bei den Partien, die 30 Prozent Ueberverdienst des Facharbeiterlohnes aufweisen. Für Spezialarbeiter bewegen sich die Stundenlöhne von 6,20 bis 7,20 K. Für den Urlaubsanspruch für 1932 wird die Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht geltend gemacht. Für 1931 ist der Urlaub bereits durchgeführt. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am 3. August und die Einstellung geht nach den technischen und Beschäftigungsmöglichkeiten vor sich. Die Firma verpflichtet sich, alle Arbeiter, die vor dem Streik im Betriebe beschäftigt waren, wieder einzustellen, bevor neue Arbeitskräfte aufgenommen werden. Die Laufdauer des Vertrages ist bis 1. Januar 1932 festgelegt.

Proger Produktentörfe. (Offizieller Bericht vom 31. Juli.) Bei schwachem Besuch und kleinen Geschäften wies die heutige Börse eine schwache Haltung auf. Am Getreidemarkte überwiegt das Angebot die Nachfrage, was besonders bei Weizen und Daser markant zum Vorschein trat. Die Mühlen beteiligen sich nur wenig beim Einkauf, da der Absatz in Mehl immer noch bei starkem Angebot in Weizen liegen die Eigenlöhne bis zu 3 K nach. In Roggen war das

Fröhlicher sein bei Sport und Spiel - -

- - denn in Sonne und frischer Luft - ist unsere Haut immer gepflegt und geschützt durch ELIDA Favorit Creme. Diese neue Creme - durch ihren zarten, erfrischenden Zitronenduft gleich beliebt bei allen - ist besonders wertvoll durch ihre verfeinerten Spezial-Lanolin-Extrakte. Sie bewahrt die Haut vor schmerzhaftem Sonnenbrand... fördert die gesunde Sonnenbräune.



ELIDA Favorit CREME

GIBT DAS GUTE SPORTLICHE AUSSEHEN

Angebot nicht dringend, was darauf zurückzuführen ist, daß alle Ware schon nicht mehr viel vorhanden ist und neue Ernte unter dem Regen weiter leidet; die Preise behaupten sich. In neuer Gerste kam es zu einigen kleineren Abschlüssen von hiesigen Mälzereien zu einem Preise von 120-125. Daser lag ausgesprochen flau, die Preise litten unter Angebot und schwächten sich bis um 5 K ab. Mais vermochte sich ziemlich zu behaupten, die amtlichen Notierungen desselben wurden aber ebenfalls herab-

gesetzt. Sonst schwächte sich noch Weizenmehl und polnische Eier ab. Amlich wurden folgende Preisänderungen in Kö genannt: böhm. roter Weizen 81-82 Kg. 157-160, gelber 74-76 Kg. 140-145, böhm. Hafer 143-145, fehrhart 139-141, Donaumais 66-67, rumänischer Feinförner für Futterzwecke 65-66, La Plata Futter-Mais 64-65, Weizengries 268-273, und Weizenmehl DGG. 250-255. Polnische frische Eier 27-30, ditto (1440 Stück) 14,50 bis 16,00 Dollar.

Das war unser Olympia!

Rassen marschierten im wichtigen Schritt zur Weltabrüstung und Völkervereinen. Ueberzeugend ist in Wien für den tiefen Sinn des sozialistischen Arbeiterporties demonstriert worden. Arbeiterportier aus Nord, Süd, Ost und West des ganzen Erdreiches, aus Palästina, vom Balkan, von jenseits des großen Ozeans und aus allen Teilen Europas waren sie gekommen, überzeugt davon, in Wien nicht nur Sport zu zeigen, sondern vereint, ein Zeugnis für die Zukunft des sozialistischen Menschen abzulegen. Die Vertreter der zu gleicher Zeit in Wien tagenden Sozialistischen Arbeiter-Internationale hatten Gelegenheit, der 2. Arbeiter-Olympia beizuwohnen und sich persönlich von der Tatkraft und Zielsetzung des internationalen sozialistischen Arbeiterporties zu überzeugen. Sie haben das getan und hoffen wir, daß sie in ihre Heimatländer zurückkehren mit dem festen Vorsatz, dort der Arbeitersportbewegung die Unterstützung angedeihen zu lassen, die ihr als vollwertiges Glied in der Reihe der anderen sozialistischen Arbeiterorganisationen gebührt.

Rassen im Schritt. So war es schon am Sonntag beim Weltkindertag, an dem in Wien 20.000 der kleinsten Streiter ein Bekenntnis für den sozialistischen Arbeitersport und die sozialistische Gesellschaft ablegten.

Rassen im Schritt beim Aufmarsch am Hauptfesttag. Hunderttausend und mehr aus aller Welt mühen es gewesen sein, die unter großen persönlichen Opfern gekommen waren, um vereint in Reih und Glied öffentlich zu bekennen, daß sie eines Zieles sind. Die sozialistischen Menschen in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erstreben. In diesem Sinne marschierten auch am Festtag die Arbeiterportier mit der arbeitenden Bevölkerung Wiens nach dem Festspiel zum Hadelung auf.

Der Gemeinheitswille im internationalen sozialistischen Arbeitersport ist kein leerer Slogan.

Sondern ernster Voratz zu Taten. Der sozialistische Arbeiterportier trägt auf jedem Akt bei, den sozialistischen Menschen zu formen und zur sozialistischen Gemeinshaft zu bringen. Taten in diesem Sinne waren auch die in Wien gezeigten Rassenfreilübungen von insgesamt 20.000 bis 22.000 Männern und Frauen aus den genannten Teilen des Erdreiches. Schweizer, Tschechen, Deutsche, Polen, Palästiner, Oesterreicher, Finnen und all die anderen zigten bei den Freilübungen im gemeinsamen Sportlecher was der Gemeinshaftgeist vollbringt.

Solche Ausdrücke des internationalen Gemeinshaftswillens sind nur im Arbeitersport möglich. Kein Olympia der bürgerlichen Sportverbände hat auch nur Ähnliches vollbracht. Bei deren olympischen Veranstaltungen wird in Erkennung des Nichtvorhandenseins von Gemeinshaftgeist nicht einmal der Versuch dazu unternommen.

Die Wiener Arbeiterschaft hat ihr möglichstes getan, den Arbeiterportieren aus nah und fern die Olympiade so angenehm wie möglich zu gestalten. Sie hat sich in ihren Wohnräumen auf das Mindeste beschränkt um den Tausenden von Gästen Unterkunft zu bieten. Die Gäste konnten sich dabei selbst überzeugen, daß die Arbeiter von Wien im Wirtschaftskampfe nicht minder schwer um menschenwürdiges Dasein zu kämpfen haben, als die Arbeiter in den anderen Teilen der Welt. In Wien angeknüpfte Freundschaftsbände sind zu Kampfbündnissen geworden. Die Verbundenheit der Wiener Arbeiterschaft mit dem internationalen Arbeitersport bewies sich durch die große Anteilnahme an den Olympiageschäften. Bereits die Probe für das Festspiel eine Woche vor dem Olympia

war von über 60.000 Wienern besucht, zum Aufmarsch der Arbeiterportier am Hauptfesttag bildeten Hunderttausende jubelnd Spalier, mehrmals waren während den Festtagen die Zuschauerplätze auf den Stadionanlagen überfüllt. Für die Anteilnahme gebührt ihr aufrichtigster Dank.

In sporttechnischer Beziehung

waren Fortschritte überall zu verzeichnen. Die einheitlichen Rassenfreilübungen sprachen in diesem Sinne für sich selbst. Am Geräteeuropa gab es bei den Männern wie bei den Frauen Höchstleistungen zu sehen, die von den 60.000 Besuchern der Hauptkampfbahn mit Beifallstimmen belohnt wurden. Auf leichtathletischem Gebiete sind neue Landesverbände stärker als früher in den Vordergrund getreten, so zum Beispiel England, Ungarn, Belgien, Polen, Schweiz und die Tschechoslowakei. Eine wesentliche Veränderung des leichtathletischen Programmes bedeutete die Mitwirkung der Leichtathleten des nordwestlichen Arbeitersportbundes. In den zwei Stärken im Wassersport, Oesterreich und Deutschland, hat sich Finnland mit sehr guten Leistungen hingestellt. Ungarn, Belgien, Frankreich und England sind im Kommen. In Fußball und Handball führen Oesterreich und Deutschland. In ihr Vorrang in Handball noch unbestritten, so zeigt sich doch in Fußball eine stattliche Anzahl ernst zu nehmender Mitbewerber. Polen, Ungarn, Norwegen, Palästina und der Russier Verband standen in Wien hinter den Spitzführern. In Tennis liegt Oesterreich weit vorn. In dieser Sportart stellte Dänemark, Holland, Frankreich und Deutschland einige beachtenswerte Kräfte von internationaler Klasse. Spannende und zahlreiche Wettkämpfe boten auch die Athleten im Ringen, Stammen und Bogens. Mit Kraft und Entschlossenheit gepoart, rangen um die Siegespalme, Oesterreich, Deutschland, Finnland, Norwegen, Lettland, Ungarn, Estland, Frankreich, die Schweiz und Tschechoslowakei (Russier Verband) hatten gute Wettkämpfer gestellt. Die Entscheidungen im Rad- und Motorradsport lagen zwischen Frankreich, England, Oesterreich und Deutschland, aber auch von den anderen Landesverbänden starrten leistungs-fähige Fahrer. Schützen, Jiu-Jitsu und Schach waren ebenfalls mit guten internationalen Vertretern besetzt. Besondere Anziehungspunkte waren die gymnastischen Sondervorführungen der verschiedenen Landesverbände, die gute Einblicke in die in den Ländern üblichen Gymnastiksysteme vermittelten. Die Vorführungen der finnischen Rüstler im Hauptstadion vor 60.000 Besuchern ernteten stürmischen Beifall. Etwas Außergewöhnliches und besonders Lobenswertes boten 400 Mitglieder des Russier Verbandes am Schluß des Olympias mit einem Fahnenschwüngen. Rüstige rote Fahnen wurden im Takte proletarischer Kampflieder von den 400 in wunderbarer Weise geschwungen.

Das 2. Arbeiter-Olympia in Wien war wieder ein Markstein in der Geschichte der Entwicklung des sozialistischen internationalen Arbeitersportes.

Zeit dem 1. Arbeiter-Olympia 1925 in Frankfurt hat die Sozialistische Arbeiterportinternationale allen ihren Feinden zum Trotz mächtige Fortschritte gemacht. Neue Streiter haben sich ihr angeschlossen. Holland, Dänemark, Palästina, Bulgarien, Estland, Litauen und Norwegen sind mit ihr eine Gemeinshaft eingegangen. Das werden nicht die letzten Verbände sein, die erkannt haben, daß nur die Sozialistische Arbeiterportinternationale die internationale Vereinigung ist, die dem Sozialismus dient. Darum: Es lebe die Sozialistische Arbeiterportinternationale!

Saben wir nutzlose Organe?

Was vom Menschen übrig bleibt, wenn alles nicht unbedingt zum Leben Notwendige weggenommen wird.

Von Dozent Erwald Schild (Wien).

Die moderne Chirurgie vollbringt immer größere Wunder und gestattet dem Menschen auch bei Verlust einer Niere oder des Magens weiter zu leben. Aber auch ihr sind natürlich Grenzen gesetzt. „Was würde von uns übrig bleiben, wenn alles nicht unbedingt zum Leben Notwendige uns weggenommen würde?“ Diese merkwürdige Frage beantwortet ein französischer Arzt Dr. Henri Bouquet in ausführlicher Weise. Das Ueberbleibsel wäre gewiß ein trauriger Krüppel, aber es wäre doch immerhin ein lebendes Wesen, fähig zu essen, zu atmen und zu denken, wenn es auch nicht laufen, sehen oder sprechen kann.

„Die Frage, ob es nutzlose Organe im menschlichen Körper gibt, ist viel erörtert worden“, schreibt Dr. Bouquet. Man hat die Nierenmandeln, den Blinddarm, die Schweißdrüsen, Speicheldrüsen usw. als solche entbehrlichen Dinge hingestellt, die für unsere Vorfahren in fernem Urzeiten einmal nützlich waren, heute aber eigentlich keinen Zweck mehr haben. Diese Behauptungen sind nicht un wider-sprochen geblieben. Man hat darauf hingewiesen, daß die Nierenmandeln eine Art „Bakterienfalle“ sind, die am Eingang unserer großen Eingeweidehöhle als Wächterposten aufgestellt sind, und daß der Blinddarm eine ähnliche Rolle am anderen Ende des Verdauungssystems bilden könnte. So erhebt sich die Meinung immer mehr Bahn, daß kein Organ des Körpers ganz nutzlos ist. Aber es ist ein großer Unterschied, ob ein Organ nützlich oder unentbehrlich ist und solcher unentbehrlicher Körperteile gibt es zweifellos eine ganze Menge. Sehr viele Personen, denen die Nierenmandeln oder der Blinddarm entfernt wurde, leben ganz vergnügt und gesund weiter. Diese Organe sind also nicht unbedingt zum Leben notwendig, und solcher Körperteile gibt es eine ganze Anzahl. Weder Arme noch Reiche sind unentbehrlich. Menschen, die beide Reine und beide Arme verloren haben, leben weiter, wenn sie von mitleidigen Mitmenschen versorgt und gepflegt werden, und können noch recht lange am Leben erhalten werden. Nach den Gliedmaßen die Sinnesorgane. Blinde und Taube leben und arbeiten und finden auch noch Freude am Dasein; ja sie verbringen sogar bisweilen bedeutende Leistungen wie die taubblinde Amerikanerin Helen Keller.

Wenden wir uns den inneren Organen zu, so finden wir, daß die wichtigsten von ihnen paarweise sind. Der Mensch hat z. B. zwei Lungen und zwei Nieren. Wenn eine fehlt, übernimmt die andere die Arbeit mit. Die diese Schwindsüchtige atmet mit einer Lunge! Es gibt auch viele Menschen, die nur noch eine Niere haben und doch ihren Platz im Leben ausfüllen. Diese Stillverrettung bei paarweisen Organen ist ganz natürlich.

Aber wie ist es bei einzelnen Organen? Beginnen wir mit dem Munde, so weiß jeder Mensch, daß Jöhne zum Leben nicht notwendig sind, sondern nur ein gutes, künstliches Gebiß. Auch die Zunge ist durchaus nicht unentbehrlich. Die Mandeln werden häufig entfernt. Der Magen? Ein unnötiger Teil der Ausrüstung! Wir kennen viele Fälle, in denen er vollständig entfernt worden ist. Dann tritt etwas Merkwürdiges ein: Der Eingang des Darms erweitert sich allmählich und ersetzt den fehlenden Magen. Er kann aber natürlich nicht die besonderen Sekretionen des Magens erzeugen, ohne welche die Nahrung nicht verdaut würde. Nach dem Magen der Dünndarm. Ein Teil von ihm kann entfernt werden, so lange nur noch der obere Teil bleibt, in den die Flüssigkeit der Galle und der Bauchspeicheldrüse fließt, ohne welche die Nahrung nicht verdaut werden kann. Was den Dickdarm anbetrifft, so hat die Chirurgie schon seit längerem bewiesen, daß er ganz entfernt werden kann. Eine Lunge muß der Mensch wenigstens behalten; ebenso notwendig ist der Kehlkopf und die Luftröhre zum Atmen; oder der Rektalkopf wird öfters, besonders bei Krebs, herausgenommen und durch einen künstlichen ersetzt. Sogar ohne Harnblase kann der Mensch leben. Das Herz ist natürlich lebensnotwendig, aber wir können nicht dasselbe von den Arterien sagen, durch die das Herz das Blut pumpt; die Zahl der Arterien und ebenso der Venen, die ohne Gefahr unterbunden und dadurch ausgeschaltet werden können, ist nicht gering. Ja man kann sogar die beiden Halsschlagadern, die das Blut zum Gehirn führen, unterbinden; das Blut macht dann einen Umweg durch das Rechter unserer Ader und gelangt doch zum Gehirn. Das Gehirn kann natürlich nicht ganz weggelassen, aber es gibt doch Kranke, bei denen beträchtliche Teile des Gehirns außer Tätigkeit gesetzt sind und die doch leben. Der englische Arzt Horsley hatte einen Affen, dem er die eine Hälfte des Gehirns entfernte, mit dem Ergebnis, wie er behauptete, daß er dadurch „den Charakter des Affen verbesserte“. Der große Sympathikus und andere Teile des Nervensystems sind auch nicht ganz unentbehrlich, sondern lassen sich gewisse Eingriffe gefallen.

Was ist nun zum Leben unbedingt notwendig?

Ein Teil des Gehirns, das Rückenmark, der größte Teil des Sympathikus, das Herz, die großen Blutgefäße, die Speiseröhre, der Dünndarm, Bauchspeicheldrüse und Leber, obgleich keine Stücke davon entfernt werden können - eine Niere, die Drüsen der inneren Sekretion, die noch zu wenig bekannt sind, als daß wir uns ihnen gegenüber irgend welche Freiheiten gestatten können. Das ist alles. Sicherlich nicht viel, verglichen mit dem vollständigen und edlen Bau unseres Körpers, aber der „wesentliche Mensch“ bleibt doch immerhin übrig, ein Wesen, das denkt, atmet, verdaut, lügt; le b l.

**Centralbank der deutschen Sparkassen
in der Tschechoslovakischen Republik.**
Hauptanstalt: Prag II.,
Bredauegasse 14.

Zweigniederlassungen:
Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, C. Teschen, Trautau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.

Kunst und Wissen

Keine Bühne — heute erste Vorstellung! Dem Ensemble des Theaters der Komiker in Wien, das die kurze Serialspielzeit befreit, gehören neben Sandoz Kott und Armin Springer die Damen Berta Lutz, Paula Walden, Annie Dorat, Lily Sauer und die Herren Richard Feiden, Kurt Hedwig und Karl Anders an. Zur Aufführung gelangen die Schöpfung „John um John“, „Eine gute Empfehlung“, „Klein und Restenbaum“ und „Kopist macht alles“. Das zweite dieser Stücke, „Eine gute Empfehlung“, wurde an Stelle des von der Zensur bisher nicht zur Aufführung freigegebenen Einakters „Die Friedenskonferenz“ in das Repertoire aufgenommen. Für Jugendliche nicht geeignet! Anfang 8 Uhr. Wiederholungen dieses Programms morgen, Sonntag, den 2. und Montag, den 3. August. Vorverkauf: Kunststiftung Deutsches Haus, Graben 26 (Tel. 24687) und beim Portier des Neuen Deutschen Theaters (Tel. 21210).

Gerichtssaal

Ein Rencontre.

Eine höchst vornehme Sache.

Prag, 31. Juli. Wir wollen uns da wir uns in diesem Falle in höheren gesellschaftlichen Sphären bewegen, auch des Jargons dieser Kreise der Gesellschaft bedienen. Es handelt sich um zwei Herren dorer von Rammons Snaden, einen Herrn Generalsekretär und einen Herrn Fabrikanten. Diese Ständebestimmung ist nämlich hierzulande dank der landesüblichen Demokratie ein Titel, während z. B. der englische Großunternehmer sein Leben lang nur ein simpler Mister Smith oder Brown oder Grey bleibt.

Item — diese beiden Herren aus unserer „Nobility and Gentry“, aus der neuen Aristokratie (wer sagt da?), diese beiden Herren hatten miteinander ein Rencontre, pöbelhaft ausgedrückt eine Prügellei. Nämlich: Gerührt in femine, in ordinärem Deutsch gesagt: da liegt ein Weib dahinter. Von — (hört!) Der Schauplatz dieser Begebenheit ist eine höchst vornehme Bar, wo in einer Loge der Herr „Tobarnit“ (Fabrikant) mit seiner Dame (Lage 300 K) saß. Er rauchte seine Trabuko und machte ein kleines Schlöfchen, die Hände über dem Haupt gefaltet. Die Dame aber machte davor einen kleinen Ausflug in die angrenzenden Lokalkabinen und als der Herr Fabrikant erwachte, sah er sein Herzgepäck in traumlichem Geschick mit einem Herrn, der gut angezogen und mit Hornbrille versehen war. Es war ein Herr Generalsekretär.

Der Herr Fabrikant ergrimmt. Als seine Dame endlich zurückkehrte und mit wohlmanifurten Fingern ihn unter dem Arm fassete (was in der Loge inbegriffen ist), erhob er sich und sprach die gewählten Worte: „Dem Reiz werd' ich die Fresse vollhauen.“ Wieder geht der Saft der scheinbaren Keckheit bei der Ueberlegung verloren, denn „raufhauen“ bedeutet eigentlich „das Maul kreischend“. Und diesen gentlemanlichen Worten folgte die Tat. Der Herr Fabrikant zerbrach den Herrn Generalsekretär in das W.C. und verfuhr mit ihm so, wie er es verdienen hätte. Die schöne, teure Hornbrille mit goldenen Stäben ging dabei kaputt.

Der Herr Generalsekretär, der um 20 Alton weniger wiegt als sein mächtiger Gegner, dachte gar nicht an Gegenwehr. Er raffte die Scherben seiner Brille zusammen und verschwand. Da er aber ein Gentleman ist, brachte er durch seinen Advokaten die Ehrenbeleidigungsklage ein.

Und so fanden die zwei Kapaliere zwar nicht auf dem Durschlag, aber vor dem Bezirksgericht einander gegenüber. Der Richter lächelt und die Zuhörer grinsen. Und es war tatsächlich ein Anblick für Götter, diese zwei Repräsentanten der „Oberklasse“ einander gegenüberzusetzen. Den schweißenden Festschloß und den spindeldünnen Defizient, der mit flatternder Erregtheit Vernehmung begehrt. Der Expansivling und der Derabstammung — beide typische Vertreter ihrer Klasse.

Aber sie einigten sich. Der Waische gab eine Erklärung ab und der Gewasche nahm sie an. Die Kosten des Verfahrens trägt der Erstere. Damit die Angelegenheit in honoriger Art erledigt erscheint.

Der Sturm auf die Druckerei Runge

Reichenberg, 30. Juli. Vor der nach Spaltung der „Opposition“ der kommunistischen Partei von den Liquidatoren in Besitz genommenen Druckerei Runge in der Reichenberger Karlsasse veranstaltete die kommunistische Parteileitung am 12. April 1930 eine Protestversammlung gegen die Liquidatoren,

insofern es zu argen Ausschreitungen insofern kam, als die Manifestanten auf den Juraß des Abg. Stern: „Geht hinein, schlägt zu, und wenn sich jemand in den Weg stellt, schlägt auch zu!“ in das Zeitungsgebäude eindringen, dort die Maschinen zertrümmerten. Jahn von den Teilnehmern an der Protestversammlung stand nunmehr vor dem Dreierfenst des Reichenberger Kreisgerichts unter Anklage des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit. Sie verantworteten sich damit, daß sie angeblich, sie seien der Meinung gewesen, als Angehörige der kommunistischen Partei in das kom-

munistische Zeitungsgebäude jederzeit zu gehen berechtigt zu sein. Sämtliche Angeklagte wurden schließlich freigesprochen.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännisch angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Morana“, ausführen.

„Die Geelenklinik für Berzweifelte“.

(Mundfunkvortrag von Franz Argus.)

Der Prager Schriftsteller Franz Argus hat dieser Tage in einem Radiovortrag auf eine Institution aufmerksam gemacht, die in Prag seit einiger Zeit besteht und deren Ziele sich in manchem Punkt mit denen unserer Arbeiterfürsorge berühren. Die Funktionen der Arbeiterfürsorge werden sich für die Beistandung der Prager Beratungsstelle für Berzweifelte sicher interessieren, weshalb wir von dem freundlichen Anbot des Vortragenden Gebrauch machen und die Reportage zum Ausdruck bringen.

Der Umfang, den die menschenfreundliche Beistandung einiger Privatleute angenommen hat, wird unseren Genossen beweisen, wie nötig der Ausbau der Arbeiterfürsorge ist. Denn nicht überall gibt es Menschen, die sich der Deklassierten aus sozialem Mitleid annehmen und nicht immer tun sie es ohne Gegenleistung. Es ist die Aufgabe des Proletariats, die soziale Selbsthilfe zu organisieren. Das im folgenden Vortrag gezeigte Beispiel beweist auch, daß es immer geht, wenn der gute Wille da ist.

Im vergangenen Jahr haben sich in der Tschechoslowakei mehr als viertausend Menschen das Leben genommen. Die überwiegende Mehrzahl dieser Lebensmüden waren junge Menschen, von denen die meisten bloß deshalb Selbstmord begangen haben, weil sie aus ihrer wirtschaftlichen Not — ihre feilische Not war dann schon eine sich von selbst ergebende Folgeerscheinung — keinen anderen Ausweg sahen. Und wie viele Tausende von Unglücklichen gab es und gibt es noch immer. Die schon derart stehhaft ausgerufen sind, daß sie nicht einmal mehr den Mut zum Suizid machen anstehen! Armutige Menschen, die in den Schlupfwinkeln der Großstadt dahinstirben wie ausgestorbene Hunde, hungrig, elend, zerstückt und verzweifelt, in ihrer Hoffnungslosigkeit zu allem fähig und vor nichts zurückschreckend. Es ist furchtbar, das grauenhafte Los dieser armen Menschen zu verfolgen, die vor nicht allzu langer Zeit noch dasselbe waren wie wir — arbeitend, in geordneten Verhältnissen lebend, auf Wohl und Aind bedacht — doch heute ohne eigene Schuld, vom dunklen Schicksal begünstigt, auf die schiefe Ebene geraten sind, auf der es oftmals keinen Halt mehr gibt und die immer tiefer hinabführt zu dem absoluten Nichts, welches andere Gesetze als die uns geläufigen anerkennt und befolgt.

Die wirtschaftliche Notlage der Gegenwart kennt jeder von uns aus eigener Erfahrung. — aber wie unheimlich sie in vielen Fällen eigentlich ist, erkennt man im wahren Ausmaß erst dann, wenn man Gelegenheit hat, ihre letzten Auswirkungen zu sehen: wenn Hunger und Elend das Menschliche beinahe erschlagen haben und die Beside der verzweifelten Selbsthaltung hervordrehen lassen; wenn die Menschwürde zu Boden geht und der Mensch um Arbeit und Not und Hilfe bittet und fleht und bettelt und weint, alle Hemmungen und Bornaruelle bedenkenlos abstreift und gierig nach allem greift, was man ihm anbietet — sei es auch nur ein mitleidiges Ansehen. Hier müßten die Weltverbesserer den Kernpunkt der „Sittenerwilderung“ und „Morallosigkeit“ unserer Zeit suchen. — denn die Sittenbegriffe und Moralanschauungen eines andauernd Hungerigen entsprechen einem anderen Weltbild als die eines regelmäßig essenden und lebenden Menschen: ist diese Einsichtswahrheit so schwer zu begreifen? —

Nach ausländischen Muster, besonders nach den Erfahrungen des „Ethischen Vereins“ in Wien, der zur Bekämpfung der erschreckend aufkeimenden Selbstmordrate in Oesterreich eine eigene „Stelle für Lebensmüde“ geschaffen und damit aufsehend gute Erfolge erzielt hat, wurde daher auch in Prag am 2. Jänner 1930 die sogenannte „Wirtschaftshilfe“ ins Leben gerufen und dieser Institution am 1. Jänner 1931 eine „Beratungsstelle für Berzweifelte“ angegliedert. Es handelt sich um kein Amt, um keine Behörde und um kein öffentliches Sozialinstitut im üblichen Sinne des Wortes, sondern um eine kleine Gruppe von Privatleuten, die sich ungenügend zusammengetan haben, um allen Geirandeten nach Möglichkeit zu helfen, so gut dies eben in dieser allgemeinen wirtschaftlichen Notlage überhaupt durchführbar ist. Im Grunde genommen mit nichts — ausgenommen den guten Willen! — begann die „Wirtschaftshilfe“ vor 19 Monaten ihre eigenständige Tätigkeit und trotz der unendlichen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatte und auch heute noch immer zu kämpfen hat, und der stupiden Verständnislosigkeit, auf die sie anfangs stoßen mußte, gelang es ihr dennoch, schon im ersten Jahre ihres Bestehens in mehr als 1700 Fällen helfend einzugreifen und davon etwa 80 Prozent aller Hilfsuchenden diese Hilfe auch tatsächlich zu bringen. Diesen über-troffenen Erfolgen konnte sich nicht einmal der meist so langsam und schwerfällig arbeitende Bürokratismus verschließen und vor kurzem erhielt die

„Wirtschaftshilfe“ eine kleine staatliche Subvention. Wohl ist diese Zuschuß ein verschwindender Tropfen im Meer des allgemeinen Elends, aber immerhin — sie bedeutet doch nur eine moralische Anerkennung und Förderung dieser Institution, auf welche die Öffentlichkeit mit allem Nachdruck aufmerksam gemacht werden soll.

Hier arbeitet also eine Handvoll großherziger Menschen an der Rettung all jener, die im Leben allein nicht mehr weiter können. Diese Arbeit ist mühevoll und unsagbar langsam — und doch wieder erhebt sich dem bedrückenden Bewußtsein, Leben des dem Leben zurückzugeben. Helfen ist nämlich auch ein Lebensprogramm; ich denke sogar, nicht gerade eines der schlechtesten! Die Kargheit der „Wirtschaftshilfe“ befand sich noch vor kurzem in einem kellerartigen, niedrigen Erdgesch, wo kaum die nötigste Einrichtung, ja wo nicht einmal ein Telefon vorhanden war, da dafür das Geld fehlte, stand aber trotzdem mit tausend zitternden Hoffnungsstrahlen in denkbar enger Berührung mit der Umwelt. Erst ab 1. Juli befindet sich die „Wirtschaftshilfe“ in neuen und besseren Räumlichkeiten in der Spalena ulice im zweiten Prager Bezirk, und dort also konzentriert sich in erschreckender Fülle das unglückliche Elend der schweren Gegenwart — hier sind wir in der Geelenklinik für gestrandete Menschen, die im Kampfe mit dem Alltag besetzt wurden und vor dem Nichts stehen, deren hohle Wangen von Not und Entbehrung, deren flackernde Augen von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zu berichten wissen.

Menschen aus allen Teilen der Republik und aller Gesellschaftsklassen und Altersstufen suchen bei der „Wirtschaftshilfe“ Rat und Hilfe. Keiner — der wirklich hilfsbedürftig ist — wird abgewiesen. Während der Bergweilten ist schon mit einem bloß fachmännischen Rat aus dem Bergsteigen geholfen; zu diesem Behufe stehen der „Wirtschaftshilfe“ kostenlos verfügbare Fachleute zur Verfügung, die den Hilfesuchenden entsprechend beraten. In anderen Fällen genügt manchmal ein kleiner Betrag, um den qualenden Hunger mit etwas Warmem zu stillen — mit vollem Magen läßt man anders in die Welt. Die meisten aber bitten um Arbeit, gleichgültig was, nur Arbeit — und gerade in dieser Hinsicht kann natürlich die „Wirtschaftshilfe“ am allerwenigsten ausbilden. Freie Stellen gibt es recht wenige, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen ist nicht immer möglich und wenn doch, steht man auf ungeachtete Schwierigkeiten: so ist zum Beispiel ein Besuch um die Bewilligung zur Errichtung von Schuhputz- und Verkaufsständen amtlicherseits abgelehnt worden, da es sich um ein konkurrenzloses Gewerbe handelt. Am ehesten können noch die im Verein befindlichen Baumeister für die Arbeitssuchenden etwas tun und sie nach Möglichkeit irgendwo bei einem Bau beschäftigen; es ist keine Seltenheit, daß ein heilungsloser Beamter oder sonstiger Kopfarbeiter, der seinen Beruf aus diesen oder jenen Gründen aufgeben mußte, heute als Handlanger bei Mauern beschäftigt ist. Es gibt keine Auswahl, die Hauptsache, man kann sein Dasein wenigstens halbwegs oder überhaupt freieren. — Junge und ältere Mädchen bitten um Fleischarmsteile oder um sonstige Posten; viele Straßenmädchen sind darunter, denn die allgemeine Geldknappheit macht sich auch bei diesem traurigen Gewerbe bemerkbar und viele der Mädchen wären froh, wenn sie irgendwo unterkommen könnten, da sie von der Straße nicht mehr leben können.

Die Ursachen der Not sind immer dieselben: Arbeitslosigkeit, eine langdauernde Krankheit, ein unverschuldeter Unglücksfall. Manchmal natürlich auch ein folgenschwerer Fehltritt, der im Gefängnis seine Sühne findet. Tagelang kann die „Wirtschaftshilfe“ natürlich nur wenig tun, das ist schon ein Merkmal der heutigen Zeit. Aber die Folgen zu bekämpfen, das ist das eigentliche Betätigungsfeld dieser menschenfreundlichen Einrichtung, die schon vielen Menschen geholfen hat und deren Tätigkeit auch in Zukunft — leider! — nicht und wahrscheinlich auch nie entbehrt sein wird. Sie lebt aus ihrer eigenen Kraft und ist auf die Jahresbeiträge ihrer Mitglieder — zurzeit etwa 630 Personen — und auf die freiwilligen Spenden der Öffentlichkeit angewiesen. Jedermann, der guten Willens ist und ein mitleidiges Herz hat, kann helfen. Und jedermann kann es ruhigen Gewissens tun — die leitenden Herren der „Wirtschaftshilfe“ haben mit dieser Funktion keinesfalls eine ertragreiche Einnahme inne, sondern arbeiten unentgeltlich zum Wohle der Armen. Ich wiederhole: jeder kann helfen, der helfen will. Man sende der „Wirtschaftshilfe“ alte Kleider, man teile ihr jeden freigewordenen Polster mit, man werde ihr Mitglied — der Jahresbeitrag von sechs Kronen ist derzeit minimal, daß ihn jedermann leicht entbehren kann, trotzdem er mit allen übrigen Anmeldungen und Spenden so vieles Gute vorbringen kann. — man sendet eine kleine Spende und wären es nur ein paar Pfennige — die Adresse der „Wirtschaftshilfe“ lautet: Prag II., Spalena 47.

30 Groschen
20 Pfennig
30 Kappen
1-60 L. K.

Kuckuck

Die größte illustrierte
Wochenschrift
erscheint jeden Sonntag
überall erhältlich

Der Film

Programm der Prager Lichtspielbühnen.

- Adria: „Liebling der Garnison.“
- Alfa: „Himmlisch — der Wetterhahn.“
- Baranel: „Romanz.“ Greta Garbo, L. Stone
- Flora: „Trennung.“ Jack Holt, Ralph Graves.
- Goldwood: „Romanz.“ G. Garbo, L. Stone
- Pvoda: „Liebling der Garnison.“
- Julka: „In jedem kommt einmal die Liebe.“
- Kotuna: „Bildschönheit.“
- Kolna: „Ein Walzertraum.“ Maurice Chevalier.
- Suerna: „Ein Walzertraum.“ Maurice Chevalier.
- Netto: „Der Flieger.“
- Prada: „Indianerhut.“ — „Jungen von der Marine.“
- Rebio: „Romanz.“ Greta Garbo, L. Stone
- Stout: „Kofalen.“ John Gilbert, Renée Adoree
- Svobozar: „Liebling der Garnison.“
- Wison: „Bei und Paragon als Kunstschüler.“
- Gemmont: „R. u. L. Feldmarschall.“ Sissy Burian.
- Vassage: „Nach mir die Welt zum Paradies.“
- Valdel: „Mandal um Eva.“ Henry Vortien.
- Alma: „Tarzan, der Tiger.“
- Vajjal: „Der kausche Josef.“
- Zehoritz: „Shanghai Lady.“
- Ronviki: „Die Patrouille.“
- Lido: „Rio Rita.“
- Moerka: „Liebesparade.“ M. Chevalier.
- American: „Don D.“ Douglas Fairbanks. Beide Epochen.

Die gesperzt gedruckten Filme sonnt empfohlen werden.

Kampf gegen die Filmzensur in U. S. A. In den Vereinigten Staaten hat sich eine Nationale Gesellschaft zur Bekämpfung der Zensur sowohl hinsichtlich des Films und anderer Vergnügungen als auch literarischer und anderer Werke gebildet. Der Gesellschaft gehört eine Anzahl angesehenen amerikanischer Professoren, Juristen, Schriftsteller usw. an. Die Gesellschaft National Council on Freedom from Censorship — hat in ihr Programm u. a. auch die Bekämpfung der städtischen Sonderzensur von Filmvorführungen, der städtischen Verfügungen, die ein Filmverbot wegen „Obszönität“ ermöglichen usw., aufgenommen.

Unentgeltliche Beratung
Kunden der Arbeiterfürsorge finden
jeden Samstag von 5-7 Uhr im
Berein deutscher Arbeiter, Smecfagasse
Nr. 27, statt.

Verantwortlicher: Bogdan Taus.
Chefredakteur: Wilhelm Riehnert.
Beratender Redakteur: Dr. Emil Strouk, Prag
Druck: „Rota“ K. G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag
Für den Druck verantwortlich: Otto Doll, Prag
Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Fab. u. Telegraphen-
werkstatt mit Erlaub. Nr. 13.800/VIII/1928 bewilligt.

Physikalisch-diätetisches
Sanatorium KLEISCHE bei Aussig
Neuzeitliche Einrichtungen.
Telefon Aussig 303. Prospekt.

Togal
unübertroffen bei
**RHEUMA - GICHT
KOPFSCHMERZEN**
Tschicki, Harnstoff u. Erhaltung-
krankheiten. Entzünd. Gicht
6000 Anstaltspatienten. Wohlkommen
unschädlich. Fragen Sie Ihren Arzt.
Generaldirektor:
BRAUNER'S APOTHEKE „ZUM WEISSEN LÖWEN“
PRAG II., PRÁKOPY 12, Im Palais Sijm'skara

Anglo-Elementar
Versicherungs-Aktien-
gesellschaft in Wien
Direktion für die C. S. R. in Prag.
General-Agentenschaft Reichenberg
empfehlend sich zum Abschluss von Feuer-,
Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Auto-, Trans-
port-, Pferde- und Viehversicherungen zu
kulanten Preisen. etc.
Bürgersantmittel in der C. S. R. 26 Millionen.
Büros: Prag, Narodni tr. 17.
Reichenberg, Schützeng. Nr. 21.
Brünn, Theatergasse Nr. 6.